Lippspringer Anzeiger

Lokal- und Heimatzeitung für Stadt und Amtsbezirk Lippspringe

Badezeitung

Tageszeitung für Jedermann Publikationsorgan vieler Behörden

Erscheint an allen Werktagen und kostet durch die Post oder durch unsere Boten monatlich 1.80 RM einschließlich Bestellgeld. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger, unsere Geschäftsstellen in Lippspringe und Paderborn sowie unsere Boten entgegen. Fernsprecher: Amt Paderborn 3213, Postscheck-Konto: Hannover Nummer 14342, Telegramm-Adresse: Anzeiger Paderborn

Anzeigenpreise: Die 30 Millimeter breite Millimeterraumzeile 10 Pfennig, für Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 8 Pfennig, amtliche Anzeigen 10 Pfennig, Sammelanzeigen 15 Pfennig. Im Reklameteil die 80 Millimeter breite Millimeterraumzeile 50 Pfennig. In Konkursfällen oder bei Zwangsbeitreibung erlischt jeder Preisnachlaß. Gerichtsstand: Paderborn

Gratisbeilagen: Illustrierte Wochenschau, Sonntagsglocken, Heimatbote, Sport vom Sonntag, Am stillen Herd, Frauenwelt, Landwirtschaft

Nr. 296 — 1. Blatt | Freitag, den 16. Dezember 1932 | 27. Jahrgang

Wieder Herriot oder Boncour?

Die Mittwochverhandlungen Lebruns ergebnislos

Herriot am Donnerstag beim Präsidenten.

Die Mittwochbesprechungen des Staatspräsidenten mit führenden Parlamentariern, die am Donnerstag fortgesetzt werden, haben noch zu keine Ergebnis geführt. Am Mittwoch empfing Lebrun den Führer der Sozialisten Blum und anschließend den ehemaligen Ministerpräsidenten Tardieu. Leon Blum erklärte nach dem Empfang, nach seiner Auffassung dürfe die Lösung der Krise nur in der Wiederaufnahme der Fühlung mit denjenigen Parteien gesucht werden, die die bisherige Kammermehrheit bildeten Die Sozialisten ständen jeder Konzentration ablehnend gegenüber. Auch Tardieu glaubt nicht an das Zustandekommen einer Konzentration, die er noch nicht für reif hält. Die französisch-amerikanische Schuldenfrage interessiere ihn viel weniger, als die Genfer Verhandlungen, denen man bei der Neubildung der Regierung besonders Rechnung tragen müsse. — Herriot wird am Donnerstag von Staatspräsidente empfagen werden.



Herriots letzte Kammerrede vor seinem Sturz.
Der Ministerpräsident steht auf der Rednertribüne.

Herriot, Boncour oder ?

Paris, 15. Dez. Bis Donnerstag 10 Uhr war eine Kläärung der Kabinetetskrise noch nicht erfolgt. In politischen Kreisen hält man ein neues Kabinett Herriots für unwahrscheinlich. Herriot wird allerdings heute vom Staatspräsidenten empfangen und es verlautet, daß dieser Herriot die Bildung des Kabinetts wieder antragen wird. Lehne Herriot ab, halte man die Berufung des Kriegsministers Boncour für wahrscheinlich.

*

Selten ist einem Regierungssturz ein so spannendes Vorspiel vorausgegangen, wie dem Ende des Kabinetts Herriot. Herriot hatte auf der großen Landestagung seiner Partei unter Anspielung auf die Erbschaft, die er von seinen Vorgängern übernommen hatte, scherzweise gesagt, die jetzige Regierung sei ein Kabinett der Fälligkeitstermine. Unter diesem Leitwort hat seine Ministerpräsidentschaft nun tatsächlich ein Ende gefunden. Man muß Herriot das Zeugnis ausstellen, daß er mit Mut und unter Aufopferung seiner ganzen Kraft bis zur Entscheidung gekämpft hat. Es war ihm immer wieder gelungen, die Stimmung zugunsten seiner Politik zu beeinflussen. Noch am Sonnabend konnte die Regierung auf eine Mehrheit rechnen. Aber nach Bekanntwerden der amerikanischen Ablehnung aller Vorbehalte zerfloß diese Mehrheit. Die dreistündige Rede des Ministerpräsidenten am Montag vor der Kammer war eine oratorische Leistung, konnte aber die Stimmung nicht mehr beeinflussen. Man verschob die Abstimmung in der Hoffnung, daß sie nach 24 Stunden anders ausfallen würde, als unter dem frischen Eindruck der Unnachgiebigkeit der Vereinigten Staaten. Es hat nichts genützt. Die Sozialisten haben den Ausschlag gegen Herriot gegeben: Herriot hat sein Möglichstes getan, die ganze Schuldenfrage einer Zwischenlösung zuzuführen. Er hat sich dabei hauptsächlich auf die Zusammenarbeit mit England eingestellt. Die Übereinstimmung mit England war ihm augenscheinlich die 19,2 Millionen Dollar wert. In dieser Richtung versuchte er, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die neue französische Regierung wird jedenfalls keinen leichten Stand haben, um die jetzt eingeleitete Politik gegenüber Amerika weiterzuführen, die nur als ein Ausschnitt aus der Gesamtschuldenpolitik angesehen werden darf.

Ein schlechter Scherz.

Während der Kammerdebatte wurde Herriot plötzlich ans Telephon gerufen, da Macdonald ihn sprechen wolle. Am Apparat teilte dann ein Mann, der erklärte, er sei der Privatsekretär Macdonalds, dem erstaunten Herriot mit, daß die britische Regierung ihre Ansicht geändert habe und nicht zahlen werde. Bei einer vorsichtshalber durchgeführten Rückfrage im Londoner Auswärtigen Amt stellte es sich dann heraus, daß jemand — man nimmt an, daß es sich um einen der Gegner Herriots handelt — sich einen schlechten Scherz mit dem französischen Staatschef erlaubt hatte.

Der Zahltag in Washington.

Amerika wird Frankreichs Nichtzahlung ignorieren.

Die französische Zahlungsweigerung hat in amtlichen Washingtoner Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen, da sie gehofft hatten, daß Frankreich noch im letzten Augenblick zahlen würde. Die französische Entscheidung wird in politischen Kreisen als ein schwerer Fehler betrachtet, die eine später zu erwartende Kriegsschuldenrevision nahezu unmöglich mache.

Die Kongreßkreise weisen erneut darauf hin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereits drei Viertel der französischen Kriegsschulden gestrichen habe. Ferner wird gesagt, daß Frankreich am wenigsten von der Krise betroffen worden sei, Goldvorräte aufgespeichert habe und Rüstungen finanziere, so daß es ohne weiteres zahlen könne. In politischen Kreisen wird anerkannt, daß die französische Entscheidung politischer Natur sei, andererseits aber darauf hingewiesen, daß Frankreich, selbst ein Großgläubiger, einen gefährlichen Präzedenzfall für die Schuldner Frankreichs geschaffen habe.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird offiziell die Nichtzahung der französischen Dezemberrate ignorieren.

*

Stellungnahme Amerikas.

Washington, 15. Dez. Es wird eine Botschaft Hoovers zu der Kriegsschuldenfrage erwartet, aber damit gerechnet, daß diese erst erfolgt, wenn das Ergebnis aus allen Schuldnerländern vorliegt. Hoover dürfte vorschlagen, mit den Ländern zuerst zu verhandeln, die ihrer Pflicht nachgekommen sind und eine Kommission damit zu beauftragen. Das Parlament dürfte aber Vorschlägen dieser Art nicht beitreten, vielmehr sich für eine auch von dem künftigen Präsidenten **Roosevelt** beabsichtigte Verständigung auf **diplomatischen** Weege entscheiden.

*

Kriegsschuldenfrage vor dem Unterhaus.

Chamberlain verteidigt den Regierungsstandpunkt.

Das Unterhaus erörterte am Mittwochnachmittag eingehend die Frage der Kriegsschulden. Schatzkanzler Neville Chamberlain verteidigte in einer einstündigen großen Rede die Politik der Regierung und ihren Entschluß, die am 15. Dezember fällige Rate an Amerika abzuführen.

Chamberlain ging davon aus, daß sich die englischen Gesamtausgaben in Amerika auf 1444 Millionen Pfund belaufen hätten und führte dann alle Transaktionen mit Englands Verbündeten und die weiteren Anleihemaßnahmen näher aus, um die große Last nachzuweisen, die England auf sich genommen habe. Das Hoover-Moratorium sei weise und lobenswert gewesen. Wenn Amerika einen Vertreter nach Lausanne entsandt hätte, so wäre eine Regelung an Ort und Stelle möglich gewesen. Er, der Schatzkanzler, hätte gehofft, daß die Note der englischen Regierung vom 1. Dezember, die so überzeugend auf das englische Volk gewirkt habe, auch auf der anderen Seite des Ozeans einen nachhaltigen Eindruck machen würde. Aus Gründen der Wahrheitsliebe habe die englische Regierung nicht sagen können, daß sie die Zahlung nicht leisten könne und wenn sie nicht gezahlt hätte, so würde dies in der ganzen Welt einen schlechten Eindruck gemacht und nachteilige Folgen gehabt haben. Daher habe die Regierung beschlossen, die ganze Summe zu zahlen. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung lege England auf eine endgültige und zufriedenstellende Regelung mit Amerika größten Wert.

Uebergehend auf die Rückwirkungen dieser Zahlung sagte der Schatzkanzler, sie bedeute eine ernste Schädigung der Bankreserven, so daß man vielleicht ein Anziehen des Diskontsatzes erwarten könne. Dem Staatshaushalt entstehe ein Verlust von 29,5 Millionen Pfund, der teilweise durch den Gewinn an den niedrigeren Zinssätzen für Regierungspapiere und teilweise durch Ausnutzung von Fonds, die zur Abdeckung der inneren Kapitalschuld bestimmt gewesen seien, gedeckt werden soll. Dies könne wohl einmal gemacht werden, aber es könne nicht wiederholt werden. Genau so wichtig, wie eine Regelung mit Amerika sei die Erhaltung des Lausanner Abkommens.

In der Aussprache wandte sich keiner der Redner gegen die Zahlung der Rate. Von Regierungsseite wurde auf Befragen noch festgestellt, daß eine Abmachung mit Frankreich nicht getroffen worden sei, man sei sich vielmehr darüber einig gewesen, daß jedes Land nach Gutdünken die Frage regeln soll. Eine **Abstimmung** wurde am Schlusse der Aussprache **nicht** vorgenommen.

*

London, 15. Dez. Die Bank von England wurde angewiesen, die heute fällige Kriegsschuldenrate zur Verfügung zu stellen.

*

Wie Frankreich die Nichtzahlung begründet

Der französische Botschafter in Washington ist angewiesen worden, Staatssekretär Stimson mitzuteilen, daß die Regierung Herriot lediglich mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt sei und daher nicht mehr die Zuständigkeit zur Fortführung der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten besitze.

*

Italien hat bereits gezahlt. — England, Tschechoslowakei und Lettland zahlen am Fälligkeitstage.

Italien hat die am 15. Dezember fällige Dezemberrate bereits gezahlt. England, die Tschechoslowakei und Lettland haben das amerikanische Schatzamt benachrichtigt, daß sie am Donnerstag ihre Raten in Gold zahlen würden. Bisher haben Frankreich, Belgien und Ungarn die Zahlung der Dezemberrate abgelehnt.

Die Deutschnationalen lehnen ab.

Zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum.

In Preußen haben überraschenderweise neue Verhandlungen zur Bildung einer Regierung auf breiter Grundlage eingesetzt. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Abg. Kerrl hat sich an die deutschnationalen Abgeordneten von Winterfeld und Borck gewandt und ihnen mitgeteilt, daß er auf Wunsch von Hitler Verhandlungen über die Bildung einer Regierung in Preußen führen wolle, in die neben dem Zentrum auch die Deutschnationale Volkspartei mit einbezogen werden sollte. Die deutschnationalen Abgeordneten haben von diesem Wunsche Kenntnis genommen. Im übrigen wurden die Verhandlungen vorläufig für streng vertraulich erklärt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich bereits mit diesen Verhandlungen beschäftigt. Sie hat vorläufig noch keine Beschlüsse gefaßt, und zwar mit der Begründung, daß sie zunächst das Ergebnis der Beratungen zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen abwarten wolle. **Offensichtlich wollen die Nationalsozialisten versuchen, die Aufhebung des Reichskommissariats nach der Wahl eines Ministerpräsidenten durch den Preußischen Landtag dadurch zu erreichen, daß ein dem Zentrum angehörendes Mitglied des Preußischen Staatsministeriums als Minister ohne Portefeuille in das Reichskabinett eintritt.** Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden hauptsächlich um die Frage der Aufrechterhaltung aller Bestimmungen geführt, die den Dualismus zwischen Reich und Preußen beseitigt haben.

*

Die Deutschnationalen lehnen ab.

Berlin, 15. Dez. In der Frage der Regierungsbildung in Preußen ist heute vormittag dem Landtagspräsident **Kerrl**, die Antwort des Vorsitzenden der deutschnationalen Landtagsfraktion von **Winterfeld**, auf die Anfrage wegen Beteiligung an der Regierungsbildung zugestellt worden. Die Deutschnationalen lehnen es danach **grundsätzlich** ab, sich zurzeit an einer Regierungsbildung zu beteiligen. Als Grund wir die **Oppositionsstellung** der Nationalsozialisten gegenüber der Reichsregierung angegeben, **die** keine Gewähr dafür biete, daß der Dualismus zwischen Reich und rPeußen aufhöre.

1,5 Milliarden für Arbeitsbeschaffung

Die Beschlüsse der Reichsregierung.

Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe.

Die Reichsregierung hatte in ihrer Mittwochsitzung eine lange Tagesordnung zu erledigen. Zunächst erstattete Reichsaußenminister von Neurath Bericht über die Genfer Vereinbarungen, die die Billigung der Reichsregierung fanden. Sodann wurden in der Sitzung die Vollmachten des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, festgelegt. Diese Vollmachten sind so umgrenzt worden, daß man eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem Reichskommissar und den Ressortministern erhofft.

Für die Durchführung der Arbeitsbeschaffung sollen besondere Richtlinien bekanntgegeben werden. Wie es heißt, sollen eineinhalb Milliarden Mark unter entsprechender Mithilfe der Reichsbank für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt werden. Von einem besonderen Werkjahr für die Studenten, wie es vom Kabinett Papen geplant war, will man aus technischen und finanziellen Erwägungen heraus vorläufig Abstand nehmen. Doch sind das Reichsinnen- und Reichsarbeitsministerium beauftragt worden, die freiwillige Teilnahme der akademischen Jugend an dem Arbeitsdienst besonders zu betreiben. Weiterhin sind die beteiligten Ministerien aufgefordert worden, bis zur nächsten Kabinettssitzung am Sonnabend Vorschläge für die Winterhilfe auszuarbeiten und dem Kabinett zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten.

Über das Ausmaß dieser Winterhilfe sind ja zwischen der Reichsregierung und den Reichstagsausschüssen ernste Meinungsverschiedenheiten entstanden, da das Reichskabinett die von den Ausschüssen beschlossene Winterhilfe aus finanziellen Gründen nicht für durchführbar hält. Es hat demnach den Anschein, als ob die Reichsregierung eine Winterhilfe auf eigene Faust durch Notverordnung in Kraft setzen wird.

Reichskanzler von Schleicher wird im übrigen am Donnerstagabend im Rundfunk nähere Einzelheiten über das Regierungsprogramm bekanntgeben. Die Rundfunkansprache des Reichskanzlers beginnt bereits um 7 Uhr und wird etwa eine Stunde dauern. Sie wird über alle deutschen Sender übertragen werden.

*

Der Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers Warmbold.

In der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt Reichswirtschaftsminister Warmbold eine Rede, in der er u. a. sagte:

Man habe zu weitgehende Hoffnungen und Erwartungen an das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung vom 4. September geknüpft. Denn es sei doch für jeden wirtschaftlich Denkenden klar, daß der Gesamterfolg der Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von 1¾ Millionen unmöglich in etwa zwei bis drei Monaten erreicht werden könnte. Weiter sei zu bedenken, daß wichtige Teile, wie z. B. die Steuergutscheine und die Beschäftigungsprämien, überhaupt erst nach vier bis fünf Monaten ins Leben treten sollten. Bis dahin konnte es sich bei dem Wirtschaftsprogramm lediglich darum handeln, den vorher ununterbrochenen

Deflationsprozeß zum Stillstand zu bringen,

und die Vorbereitung dafür zu treffen, daß wir jedenfalls den Anschluß an einen eventuellen Konjunkturumschwung in der Welt rechtzeitig zu finden in der Lage sein werden.

Die neue Reichsregierung werde an den drei Maßnahmen: Zuführung von Steuergutscheinen an die Wirtschaft für Steuerentrichtung, in Form von Steuergutscheinen zu gewährende Beschäftigungsprämien und Arbeitsbeschaffung in Höhe von etwas mehr als ¾ Milliarden Mark festhalten. Bei allen Maßnahmen stehe die Realisierung zum größten Teil noch bevor.

Es sei bekannt, daß die Steuergutscheine für die genannten Zwecke erst zu einem verschwindend kleinen Teil ausgegeben werden konnten. Erst an dem Ende dieses Vierteljahres werde sich übersehen lassen, in welchem Umfange die Steuergutscheine für Beschäftigungsprämien zum Zuge kommen. Die Arbeitsbeschaffung bedürfe naturgemäß eines gewissen Anlaufzeitraumes. Es sei daher auch nicht verwunderlich, daß heute, drei Monate nach Verkündung des Wirtschaftsprogramms, die Arbeitsbeschaffung erst auf Teilgebieten wirksam geworden sei.

Man hatte das Wirtschaftsprogramm als einen Einjahresplan bezeichnet. Man soll sich dessen bewußt bleiben, daß von diesem Jahr praktisch erst 2½ Monate verstrichen seien.

Der Minister ging darauf zu einer Schilderung der wirtschaftlichen Lage über und zeigte bei den Warengruppen das Ansteigen der Weltmarktpreise seit dem Tiefpunkt der Monate Juni und Juli auf. Ebenso seien die Kennziffern der Aktienkurse, die Inderziffer der Kurse der festverzinslichen Papiere und auch die Kennziffern für die industrielle Produktion gestiegen.

Auch die nüchternste Betrachtung der Ziffern kann nicht leugnen, daß hier eine Wendung eingetreten ist. Es gilt für uns, diese Bewegung zu verstärken. Das wird insbesondere durch zwei Umstände geschehen: einmal dadurch, daß sich das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm erst in der Zukunft in eine Anregung der wirtschaftlichen Tätigkeit umsetzen wird und zweitens dadurch, daß dieses Programm durch weitere zusätzliche Arbeitsbeschaffung ergänzt werden soll.

Nur solche Arbeiten werden gefördert werden dürfen, die volkswirtschaftlich nützlich seien und aus dem Zukunftsertrag verzinst und getilgt werden können. Ferner sollten die Arbeiten vorzugsweise an Unternehmer vergeben werden. Weiterhin werde man nur kurzfristige Arbeiten übernehmen, damit sie, sobald die private Wirtschaft in das erstrebte größere Volumen hineingewachsen sei, alsbald gedrosselt und abgebrochen werden könnten. Schließlich dürfe die Finanzierung nur in einer Form erfolgen, welche in keiner Weise die Währung gefährden dürfe.

Der Minister erinnerte daran, daß wir drei Jahre hindurch überall ausschließlich Abwärtsbewegung und Schrumpfung erlebt hätten. Schon die Tatsache, daß diese Schrumpfung aufgehört habe, müsse uns mit Befriedigung erfüllen: Wir könnten unmöglich einen schlagartigen sofortigen Übergang in Ausweitung und Aufwärtsbewegung erwarten. Vor allem sei Rückkehr des Vertrauens und der Ruhe erforderlich. Es gelte, die natürlichen Erscheinungen der Erholung zu verstärken durch eine stetige, Experimenten abholde Wirtschaftspolitik.

„Freie Wirtschaft in einem starken Staat!"

Nach Prof. Dr. Warmbold sprach Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk auf der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Eingangs gab der Reichsfinanzminister einen Rückblick auf die erschütternden Auswirkungen der Konjunkturbedingtheit der öffentlichen Finanzen in den letzten Jahren, die in der Zeit von 1929 bis 1932 alles in allem zu einer Verschlechterung der Etats von Reich, Ländern und Gemeinden um etwa 10 Milliarden Mark geführt hätten. Am Ende einer solchen Entwicklung hätte das Chaos oder die Inflation gestanden, wenn man nicht mit allen Mitteln versucht hätte, das Schiff der öffentlichen Finanzen zwischen Szylla und Charybdis hindurchzusteuern. Man hätte dies erreicht einerseits durch außerordentlich drückende Erhöhungen auf der Einnahmeseite und durch schärfste Kürzungen auf der Ausgabenseite, die bei den personellen Ausgaben 1,6 Milliarden und bei den sachlichen Ausgaben 3,5 Milliarden Mark betragen hätten.

Bei dieser Politik hatte man mit einer doppelten Tragik zu kämpfen: Einmal mit einer Schuld der Vergangenheit, weil nämlich in den Jahren vor Beginn der Krise keine systematische Etatskonjunkturpolitik betrieben worden sei, die darin bestände, in guten Zeiten Reserven zur Überbrückung schlechterer Jahre anzusammeln. Die zweite Tragik lag darin, daß die Maßnahmen, die man zur Behebung der Notlage der öffentlichen Finanzen durchführen mußte, noch krisenverschärfend wirkten.

Diese Politik mußte gerade auch vom Standpunkt des Reichsfinanzministers aus in dem Augenblick umgestellt werden, als der Boden der Krise erreicht war, um die Wiederbelebung in der Privatwirtschaft zu erleichtern und zu fördern. Sanierung des Etats durch Entlastung der Wirtschaft, das ist der Grundgedanke der Steuergutscheine.

Auf die Frage, ob es nicht leichtsinnig sei, den Weg der Vorbelastung zukünftiger Jahre durch Schaffung der Steuergutscheine zu gehen, müsse man darauf hinweisen, daß die Vorbelastung 300 bis 500 Millionen Mark pro Jahr ausmache, gegenüber einem Rückgang in den öffentlichen Finanzen von 10 Milliarden Mark von 1929 bis 1932.

Im übrigen betonte der Minister, daß gerade in diesen Zeiten eine Politik der unbedingten Sparsamkeit und der organisatorischen Reform betrieben werden müsse. Unter das Kapitel Subventionen müsse ein Schlußstrich gezogen werden. Je mehr der Staat sich auf sein eigenes Arbeitsgebiet beschränke, um so sauberer und stärker werde er sein. Etwaige Mißbräuche, die sich bei der Durchführung des Wirtschaftsprogramms ergeben könnten, insbesondere die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Steuergutscheinen für Mehrbeschäftigung müsse die Wirtschaft von sich aus bekämpfen, um das Ziel zu erreichen: **ehrbare Wirtschaft in einem sauberen Staat, freie Wirtschaft in einem starken Staate.**

Heimatlicher Teil

Merkblatt für den 16. Dezember.

Sonnenaufgang	8⁰⁰	Mondaufgang	18⁰⁰
Sonnenuntergang	15³³	Monduntergang	10⁰⁰

1770: Ludwig van Beethoven geboren.

Berücksichtigung des Handwerks bei Postaufträgen.

— Auf die Eingabe des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, die eine Einschaltung des Handwerks bei der Vergebung von Aufträgen durch die Reichspost forderte, hat der Reichspostminister unterm 3. Dezember 1932 eine besondere Verfügung an die Oberpostdirektionen, an das Reichspostzentralamt, an die Direktion der Reichsdruckerei und an die Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost in Dresden erlassen, in der darauf hingewiesen wird, daß nach den allgemeinen Bestimmungen betreffend die Vergebung von Leistungen und Lieferungen im Bereich der der Reichspost Ausschreibungen tunlichst derart zu zerlegen sind, daß auch kleineren Gewerbetreibenden und Handwerkern die Beteiligung an der Bewerbung ermöglicht wird. (Vergebung nach Gewerbe- und Handwerkszweigen; bei besonders umfangreichen Ausschreibungen innerhalb der Handwerkszweige noch weitere Teilung in Lose.) Unter Hinweis auf die Verdingungsordnung für Bauleistungen und auf die in der gleichen Frage bereits früher ergangenen Verfügungen werden die Dienststellen der Reichspost erneut auf diese Bestimmungen hingewiesen. In der Verfügung wird zum Ausdruck gebracht, daß das Handwerk und Gewerbe bei Vergebung von Aufträgen, insbesondere bei Neubauten, aber auch bei Erteilung von Lieferungsaufträgen sonstiger Art durch Aufteilung der Aufträge in kleinere Lose zu berücksichtigen ist.

*

Umwandlung in Tilgungshypotheken.

RPD. Zu den kürzlich im Reichswirtschaftsministerium zwischen den Realkreditinstituten und den Hausbesitzerorganisationen stattgefundenen Verhandlungen über eine notwendige Umgestaltung des Realkredits teilt der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine mit, daß eine Entscheidung über die von ihm an die Reichsregierung gestellte Forderung auf Umwandlung der Institutshypotheken auf Antrag des Schuldners in Tilgungshypotheken noch nicht gefällt worden sei. In der Konferenz mit den Spitzenverbänden der Realkreditinstitute unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministeriums und Beteiligung der zuständigen Ministerialressorts wurden erstmalig die Meinungen der beteiligten Schuldner- und Gläubigergruppen in allgemeiner Aussprache zum Ausdruck gebracht und die weitere Bearbeitung und Prüfung dieses Antrages festgelegt. Wenngleich die Realkreditinstitute den Antrag in dieser Form als nicht durchführbar bezeichneten, so erklärten sie sich doch mit Ausnahme der Hypothekenbanken grundsätzlich bereit, zur Begebung von Tilgungshypotheken übergehen zu wollen. Diese für den gesamten Hypothekenmarkt außerordentlich wichtige Frage bedarf noch weiterer eingehender Erörterungen und Verhandlungen, die zwischen den beteiligten Verbänden und den Ministerien gepflogen werden müssen, bevor die Frage für eine endgültige Entscheidung reif sein wird.

*

Das 6. Volksvereinsheft.

Wir wollen es schaffen! Das eben erschienene 6. Heft der Zeitschrift des Volksvereins für das katholische Deutschland, „Der Volksverein", befaßt sich als letztes Heft des Jahrgangs 1932 ausschließlich mit dem Verein selbst, der allgemeinen und besonderen gewaltigen Arbeit dieser Zentralorganisation der deutschen Katholiken. Unter dem Titel: „Wir wollen es schaffen!" schildert ein Praktiker, der mitten in schwerster Volksvereinsarbeit steht, die erfolggekrönten Bemühungen um eine groß ausgebaute Organisation des Volksvereins und eine intensive Arbeit in derselben in einer Großstadt des Westens. Was in Essen mit seinen Großstadtschwierigkeiten, seinen Wirtschaftsnöten und sonstigen Bedrängnissen möglich gewesen und Tatsache geworden ist, läßt sich anderswo, in Klein- und Mittelstädten und vor allem auf dem Lande, viel leichter durchführen. Darum die Mahnung: „Nehmt das Heft in allen Gemeinden durch! Werbt überall neue Mitglieder! Sammelt die geringen Beiträge und sendet sie gewissenhaft ein! Dann können wir unsere Arbeit noch weiter ausbauen und zu einer katholischen Volksbewegung kommen". — Riesengroß war die Arbeit, die Schulungs- und Vortragstätigkeit des Volksvereins im letzten Jahr. Der weitere Inhalt des Heftes und die Umschlagseiten künden davon. Ein Schlußbeitrag gibt eine Darstellung vom Verlauf und Inhalt der wohlgelungenen Katholisch-Sozialen Woche des Volksvereins im Oktober ds. Js. in M. Gladbach. So präsentiert sich das letzte Volksvereinsheft als eine eindringliche Ermunterung und Mahnung zu treuer Mitgliedschaft und energischer Arbeit im Volksverein auch im kommenden Jahre 1933.

Paderborner Stadtchronik

vom 15. Dezember 1932.

Brot, die billige Volksnahrung.

Von Dr. Franz Schulte, Syndikus.

In einem der „Aurora"-Hausblätter ist ein Schaubild wiedergegeben, in dem gezeigt wird, wie viele fertig hergerichtete Nahrungsmittel des täglichen Gebrauches man für 0.10 RM erhält. Die Tabelle sagt folgendes:

Gemüse: Wassergehalt: 90%, ausnützbare Nährstoffe: 5%, für 10 Pfg. erhalten Sie fertig hergerichtete Nahrungsmittel in Menge 140 gr., in Kalorien 21, Vitamine A, B, C, reichlich.

Obst: Wassergehalt 85%, ausnützbare Nährstoffe 14%, für 10 Pfg. erhalten Sie fertig hergerichtete Nahrungsmittel in Menge 140 gr., in Kalorien 84, Vitamine B, C, reichlich.

Fleisch: Wassergehalt 60—70%, ausnützbare Nährstoffe: 25%, für 10 Pfg. erhalten Sie fertig hergerichtete Nahrungsmittel: in Menge 30 gr., in Kalorien 50, Vitamine A, B, C, wenig.

Milch: Wassergehalt 87%, ausnützbare Nährstoffe 11%, für 10 Pfg. erhalten Sie fertig hergerichtete Nahrungsmittel: in Menge 420 gr., hiervon 380 Wasser; in Kalorien 270, Vitamine A, B, D, reichlich.

Käse: Wassergehalt 40—50%, ausnützbare Nährstoffe: 47%, für 10 Pfg. erhalten Sie fertig hergerichtete Nahrungsmittel: in Menge 42 gr., in Kalorien 114; Vitamine A, B, D, reichlich.

Fisch: Wassergehalt: 80%, ausnützbare Nährstoffe: 17%, für 10 Pfg. erhalten Sie fertig hergerichtete Nahrungsmittel: in Menge 67 gr., in Kalorien 45, Vitamine B, C, wenig, A. D, häufig.

Weißbrot: Wassergehalt: 35%, ausnützbare Nährstoffe: 64%, für 10 Pfg. erhalten Sie fertig hergerichtete Nahrungsmittel: in Menge 170 gr., in Kalorien 460, Vitamine B. wenig.

Roggenbrot: Wassergehalt 42%, ausnützbare Nährstoffe: 49%, für 10 Pfg. erhalten Sie fertig hergerichtete Nahrungsmittel: in Menge 300 gr., Kalorien 600, Vitamine B. ausreichend.

Die Zahlen zeigen anschaulich, daß das Brot das billigste und beste Nahrungsmittel ist. Bei der heutigen wirtschaftlichen Notlage ist auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß bei dem Einkauf der Nahrungsmittel des täglichen Lebens für das Geld möglichst viel aufbauende Nährstoffe gekauft werden. Das Brot ist und bleibt die Grundlage der Ernährung, weil es ganz besonders ein hervorragender Kraftspender ist.

An diese Betrachtung seien aber noch einige andere Bemerkungen angeschlossen. Es gibt bestimmte Verbraucherkreise, die dünken sich dazu berufen, die Bäckermeister das Rechnen zu lehren und ihnen zu große Bruttoverdienstspannen vorrechnen zu müssen, obwohl sie vom Kalkulieren nur sehr wenig Kenntnisse zeigen. An dieser Stelle soll über diesen Punkt eine weitere Auseinandersetzung wegen der häufig anzutreffenden, aber vollständig irrigen Auffassung vom übermäßigen Gewinn der Bäcker nicht erfolgen. Wer in letzter Zeit den Paderborner Anzeiger aufmerksam gelesen hat, der weiß, wie armselig augenblicklich die wirtschaftliche Lage des Bäckerhandwerks ist. Erwähnt soll hier jedoch werden, daß eine Konsum-Großbäckerei, die in nächster Nähe der Stadt Paderborn gelegen ist, bei ihrem Umsatz von rund 2 000 000 RM nur 1 Prozent Reinverdienst bei fast eben denselben Brotpreisen, wie sie die Bäcker in Paderborn nehmen, erzielte. Wenn man bedenkt, daß die Konsumgenossenschaften nach ihren steten Behauptungen billiger arbeiten können als die Kleinbetriebe, dann erübrigt sich wohl die weitere Erörterung über den Verdienst des Bäckers, wenn man den Reinverdienst der oben erwähnten Konsum-Großbäckerei in Vergleich zieht. Die Erzählungen von dem ungerechtfertigten Verdienst im Bäckergewerbe sind also nur Märchen und weiter nichts. Besser wäre es ja, die Bäcker insbesondere und die Handwerker im allgemeinen hätten größere Verdienste, als sie in Tatsache haben. Dann nämlich brauchten sich die Stadtverwaltungen über die Einnahmen und Ausgaben in ihrem Haushaltsetat nicht so den Kopf zerbrechen wie jetzt. Besser wäre es schon, die Handwerker hätten mehr Umsatz und einen angemessenen Verdienst, dann nämlich könnten mehr Arbeitslose wieder Beschäftigung finden und die Eltern ihre Kinder wieder ein Handwerk erlernen lassen. Dann wäre auch die Frage „Was soll unser Sohn werden?" gelöst und die Wohlfahrtsämter spürten auch eine erhebliche Entlastung in ihrem Etat. Doch ist über diese Gedankengänge in der Tagespresse bereits genügend geschrieben. Man sollte aber in einzelnen Verbraucherkreisen weniger neidisch sein und dem Handwerker, so er tatsächlich noch größere Gewinne buchen könnte, den wohlverdienten Erfolg für sein gerade nicht immer leichtes Wirken und Schaffen gönnen.

Leben und leben lassen!

An den unbekannten Arbeiter

Ein bedeutsames Schreiben des Papstes.

Anläßlich der sozialen Woche der Katholiken von Kanada in Quebec hat der Hh. Vater an den Erzbischof von Montreal ein Schreiben über den „unbekannten Arbeiter" gesandt. Der Papst erinnert in diesem Schreiben daran, daß in allen Ländern der Welt Denkmäler errichtet werden für den „unbekannten Soldaten", weil er, obschon man ihn nicht kennt, doch den Dank des Vaterlandes verdient hat. Es gibt aber auch ein Schlachtfeld der Arbeit, wo viele unbekannt bleibende Opfer gefordert werden, besonders in dieser traurigen Zeit, die wir als Folge der Weltkrise durchmachen müssen. Zu diesen unbekannten Arbeitern gehören auch viele Arbeitslose, die stumm die Arme hängen lassen und gerne arbeiten möchten, um für sich und die Familie den Lebensunterhalt zu verdienen. Diese unbekannten Arbeiter haben ein unanfechtbares Recht auf Arbeit, und zwar auf lohnende Arbeit, die sie leiblich und seelisch erhebt und zu zufriedenen Staatsbürgern und zu festen Stützen des Staates macht. Daraus folgt, daß die Staatsmänner die Pflicht haben, nach Mitteeln und Wegen zu suchen, um all diesen unbekannten Arbeitern Arbeit und Brot zu verschaffen. Wenn die Lösung des Arbeitslosenproblems so schwierig ist, dann muß ein Fehler in der Wirtschaftsordnung vorhanden sein. In der Regel liegen die Fehler da, wo die Gegensätze zu groß sind, sei es im nationalen oder kolonialen Reichtum der Einzelstaaten, sei es zwischen Kapital und Arbeit, da der größte Teil der Krisenlast den Arbeitern zufällt, die somit die unbekannten Opfer des Wirtschaftskrieges werden.

Vorverkauf und Geltungsdauer der Festtagsrückfahrkarten für Weihnachtsreisen.

:=: Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Kassel teilt mit: Ueber die Geltungsdauer der Festtagsrückfahrkarten für Weihnachtsreisen sind mehrfach Zweifel aufgetreten. Es wird deshalb wiederholt darauf hingewiesen, daß die Festtagsrückfahrkarteen im Vorverkauf zwar bereits ab 12. Dezember 1932 an den Fahrkartenschaltern zu haben sind, daß sie aber erst vom 21. Dezember 1932 ab benutzt werden können. Die Hinfahrt ist vom 21. Dezember an allen Tagen bis zum 1. Januar 1933 — 24,00 Uhr, möglich; die Rückfahrt vom 23. Dezember 1932 — 12,00 Uhr an allen Tagen bis zum 10. Januar 1933 — 24,00 Uhr. Eintägige Reisen können nur in der Zeit vom 23. Dezember 1932 — 12,00 Uhr bis zum 1 Januar 1933 — 24,00 Uhr ausgeführt werden.

*

:) **Weihnachtspakete.** Die Post hat umfassende Vorkehrungen für die schnelle und pünktliche Zuführung der Weihnachtssendungen an die Empfänger getroffen. Nach Möglichkeit werden die Pakete auch außerhalb der Schalterstunden ohne Einlieferungsgebühr angenommen; unter Vermehrung der Betriebsmittel und Zustellungskräfte werden sie mit gewohnter Pünktlichkeit zugestellt. Bei rechtzeitiger Auflieferung werden die Pakete stets zur gewünschten Zeit den Empfänger erreichen. Wenn man verhindert ist, die Pakete selbst beim Postamt einzuliefern, gebe man sie dem Paketzusteller mit, und zwar kann das überall da geschehen, wo die Paketzustellung mit Fahrzeugen ausgeführt wird, die Schilder mit der Aufschrift: „Annahme von Paketen" tragen. Die Abholung der Pakete, für die eine Gebühr von 20 Pfg. zu entrichten ist, kann auch durch Fernsprecher oder schriftlich beim Postamt bestellt werden. Postkarten oder einfache Zettel genügen hierfür; sie können unfrankiert in die Briefkasten gelegt oder den Zustellern mitgegeben werden.

:) **Weihnachts- und Neujahrskarten.** Gedruckte, einfache Weihnachts- und Neujahrskarten, die in Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen und ohne Umschlag versandt werden, unterliegen einer ermäßigten Gebühr. In diesen Karten dürfen außer den Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders) noch weitere 5 Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche zulässigen Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze „sendet", „Ihre", „Dein Freund", „sendet Dir", „sendet mit besten Grüßen Ihre" usw. Die Gebühr beträgt sowohl im Ortsbereich des Aufgabeorts als auch im innerdeutschen Fernverkehr sowie im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Luxemburg und Oesterreich für einfache Karten (ohne Umschlag versandt) 3 Pfg., für Karten in offenem Umschlag bis 20 Gramm 4 Pfg.

):(**Auch Paderborn im Wetterbericht?** Der Detmolder Verkehrsausschuß hat beschlossen, an den Westdeutschen Rundfunk den Antrag zu stellen, bei der täglichen Bekanntgabe der Wettermeldungen neben dem Sauerland auch das Gebiet des Teutoburger Waldes, der die Strecke von Paderborn bis Bielefeld und Detmold umfaßt, zu erwähnen, da erfahrungsgemäß hier viele Rheinländer und Bewohner des Industriegebietes zur Erholung ihre Ferien verbringen. Außerdem wurde an den Westdeutschen Rundfunk der Antrag gestellt, einen der nächsten „Lustigen Abende" im Lippischen Landestheater in Detmold abzuhalten.

!! **Denkschrift über Einheitspreisgeschäfte.** Der württembergische Wirtschaftsminister hat sich vor einiger Zeit an die Reichsregierung gewandt und zum Schutze des Mittelstandes Maßnahmen gegen die Einheitspreisgeschäfte verlangt. Auf Grund dieses Schrittes hat das Reichswirtschaftsministerium eine Denkschrift über die Einheitspreisgeschäfte verfaßt. In dieser Denkschrift kommt das Reichswirtschaftsministerium zu dem Standpunkt, daß Zwangs- und Ausnahmemaßnahmen gegen Einheitspreisgeschäfte erstens schwer durchführbar und zweitens voraussichtlich ohne Erfolg bleiben würden. (?) Der Reichswirtschaftsminister hat die Ländervertreter zu einer Konferenz über diese Frage eingeladen. Diese Konferenz findet am kommenden Sonnabend im Reichswirtschaftsministerium statt.

Aus Nah und Fern

— **Geseke.** Gösselkirmes. Der weit und breit bekannte Geseker Gösselmarkt soll für die Zukunft, wie der Verein selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibenden anregte, mit einer viertägigen Kirmes verbunden werden. Eine Kommission wird die Vorbereitungen und die Organisation in die Hand nehmen.

— **Herford.** Tödlich überfahren. Auf der Kreisstraße Herford—Schweicheln wurde in der Nähe der Siedlung in Schweicheln der Einwohner Schmitchen aus Bermbeck von einem Auto aus Sundern erfaßt und auf der Stelle getötet.

(=) **Dortmund.** Glücksspiele auf der Straße. Auf die Groschen der Erwerbslosen hatte es der Schmied Johann Tczeczinski aus Dortmund bei der Veranstaltung von Glücksspielen abgesehen. Er wurde heute wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels zu 10 Monaten Gefängnis und 90 M. Geldstrafe, unter Aberkennung der Ehrenrechte auf 3 Jahre verurteilt. In der Beweisaufnahme kam u. a. ein Fall zur Sprache, in dem der Angeklagte einem Erwerbslosen, der von seiner Frau ausgeschickt worden war, um Einkäufe zu machen, in 5 Minuten seine gesamte Barschaft von 30 M. abgenommen hatte. Der Vorsitzende erklärte, derartige Krebsschäden, die sich auf offener Straße zeigten, müßten mit der ganzen Strenge des Gerichtes geahndet werden. (Sehr richtig!)

=!= **Herten.** Hunderte von Menschen stürmen Kohlenhalden. Die Beraubungen der Kohlenhalden durch gleichzeitig auftretende große Menschenmengen haben in letzter Zeit einen großen Umfang angenommen. So versuchten am Dienstagnachmittag etwa 400 bis 500 Personen, die sich auf dem Zechenplatze der Zeche Schlägel und Eisen in Disteln versammelt hatten, die Kohlenhalden zu plündern. Die Schutzpolizei räumte den Platz, gleichwohl machten bald darauf nach Anbruch der Dunkelheit wiederum Hunderte von Menschen den Versuch, die Halde zu erklettern, so daß abermals die Polizei eingesetzt werden mußte, die dann die Menschenmenge durch Schreckschüsse zerstreute.

=: **Lübbecke.** Den Spielkameraden erschossen. Der sechsjährige Willi Steinmann aus Oberlübbe spielte mit dem gleichaltrigen Willi Budde am Backofen des elterlichen Hauses. Dabei stieß der kleine Steinmann auf ein Jagdgewehr, das die beiden Jungen sofort als ein willkommenes Spielobjekt betrachteten. Steinmann legte auf den kleinen Budde an und hantierte am Abzugsbügel des so schlecht verwahrten Gewehres. Der Schuß ging los und drang dem kleinen Willi Budde in Rücken und Lunge. Das Kind war auf der Stelle tot.

:,: **Koblenz.** Ober- und Niederlahnstein wollen nicht zusammen. Es gibt Fragen, die nicht totzukriegen sind und immer wieder aufleben. Dazu gehört die seit Jahren vielbesprochene, befürwortete oder umstrittene Zusammenlegung der obengenannten beiden Städte, die nur durch den schmalen Lahnfluß voneinander getrennt sind. Der Kreisausschuß in St. Goarshausen hatte neuerdings beschlossen, daß die Vereinigung im öffentlichen Interesse liege. Die Bürgerschaft der zwei Orte ist jedoch keineswegs damit einverstanden, und es haben bereits drei Versammlungen in Entschließungen Einspruch gegen diesen Beschluß, der den Wünschen der großen Mehrheit der Einwohner nicht entspreche, erhoben. Eine weitere Versammlung ist angekündigt.

:=: **Saarbrücken.** Güterzugzusammenstoß im Saargebiet. Dienstag mittag stießen auf dem Bahnhof Luisenthal zwei Güterzüge, die auf der Strecke Bous-Saarbrücken bezw. Saarbrücken-Merzig verkehren, zusammen. Dabei entgleisten etwa 12 Wagen. Sie wurden fast vollständig zertrümmert. Die Maschinen wurden nur geringfügig beschädigt. Von dem Zugpersonal erlitten ein Lokomotivführer und ein Zugführer schwere Quetschungen. Sie mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Personenverkehr mußte mehrere Stunden hindurch eingleisig durchgeführt werden.

Lüneburg. Festgenommene Heidehaus-Einbrecher. Nach längeren Ermittlungen wurden hier zwei Hamburger Einbrecher festgenommen, die in über 20 Heidehäusern Einbrüche verübten. Die polizeilichen Feststellungen, die sich auch auf Hamburg erstreckten, führten dazu, daß in den Wohnungen der beiden Festgenommenen viele Gegenstände aus den Heidehäusern gefunden wurden. Man nimmt an, daß die Verhafteten auch für eine Reihe anderer Straftaten in Betracht kommen.

Lübbecke i. W. Arbeitslose beim Straßenbau. Der Bau der Bergstraße nach Markendorf im Kreise Melle, ein Arbeitsprojekt, das schon vor längerer Zeit begonnen werden sollte, ist jetzt in Angriff genommen, nachdem die beteiligten Gemeinden, Kreise und Provinzen die Arbeit genehmigt und Zuschüsse gegeben haben. Die Straße führt über das Wiehengebirge und bildet die Grenze zwischen den Provinzen Westfalen und Hannover. Auf ihrem höchsten Punkte stoßen die Kreise Lübbecke, Herford, Melle und Wittlage zusammen. Durch diesen Straßenbau findet eine große Anzahl Arbeitsloser wieder Beschäftigung.

Meppen. Schiffahrtssperre auf dem Dortmund-Emskanal. Infolge des Frostes der beiden letzten Tage hat die Hase größere Mengen Treibeis in die Ems geführt, was sich störend für die Schiffahrt auswirkt. In der letzten Nacht sind daher die Schleusenwehre oberhalb Meppens geklappt worden, so daß damit die Schiffahrt oberhalb Meppens stillgelegt wird. Der Wasserstand auf dem Kanal ist zurzeit so gering, daß auch bei schnellem Witterungsumschlag mit der Wiederaufnahme der Schiffahrt erst in der nächsten Woche gerechnet werden kann.

Papenburg. Die Arbeiten am Mittellandkanal. Die Arbeiten am Mittellandkanal, bei denen etwa 30 Erwerbslose beschäftigt werden, sind noch nicht beendet. Zurzeit ist man dabei, die Kanalufer aufzuhöhen. — An der Seeschleuse, wo der Freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt wurde, ist man zurzeit mit dem Ausschütten der neuen Deiche, die etwa 100 Meter lang werden, beschäftigt.

Gifhorn. Notstandsarbeiten am Mittellandkanal. Auf einer Tagung der Gemeindevorsteher des zusammengelegten Kreises Gifhorn, die unter dem Vorsitz des Landrats Dr. von Wagenhoff stattfand, wurde die Frage der Wiedereinführung der Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß eingehend besprochen. Dabei wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß es bei richtiger Handhabung des Problems auf dem Lande eigentlich keine Erwerbslosen zu geben brauchte. Kreisbaumeister Stutte machte längere Ausführungen über die jetzt wieder in Angriff genommenen Arbeiten am Mittellandkanal und betonte, daß diese Arbeiten im Wege der Notstandsarbeiten ausgeführt würden, wobei alle zehn Wochen ein Wechsel der Arbeiter erfolge.

Alfeld (Leine). Tödlicher Betriebsunfall. Im Betriebe der hiesigen Bau- und Möbeltischlerei Albin Otto geriet der Lehrling Walter Siebert aus Herne in Westf. durch unvorsichtiges Hantieren in die Transmission. Er erlitt durch diesen Unglücksfall so schwere innere und äußere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Das Neueste vom Tage.

Großfeuer im Wormser Theater.

Worms, 15. Dez. Im Bühnenhaus des Stadttheaters brach gestern abend ein Feuer aus, das sich schnell auf das ganze Bühnenhaus verbreitete. Die Feuerwehr wehrte mit Erfolg die Flammen von dem Zuschauerraum ab, konnte aber das Bühnenhaus nicht mehr retten, das in sich zusammenbrach. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet, Es waren Diebe in das Theater eingedrungen und man nimmt an, daß diese entweder aus Aerger darüber, daß sie kein Geld fanden, den Brand verursachten, der aber allerdings auch durch Fahrlässigkeit entstanden sein kann. Menschen wurden nicht verletzt, da am gestrigen Abend das Theater geschlossen war.

*

Breslau, 15. Dez. In einer Papierfabrik brach gestern Abend, gegen Schluß der Arbeitszeit ein **Großfeuer** aus. Die Feeuerwehr hatte innerhalb zwei Stunden den Brand erstickt. Ein Feuerwehrmann erlitt Brandwunden.

Der amerikanische Senator **Borah** sprach sich für **Anerkennung der Sowjetrepublik Rußland** aus. Die Anerkennung würde nicht nur zur Besserung der Wirtschaftslage beitragen, sondern auch die Lage im fernen Osten günstig beeinflussen.

Kleine Funkmeldungen.

Vertragsbruch!

Auch wenn in einem Parlament irgendeines Landes vierzehn Stunden hindurch gesprochen wird und man sich dabei streng an das Thema hält, dann ist damit noch längst nicht gesagt, daß in dieser langen Zeit die Temperamente versprudeln und nur noch die rein sachlichen Gründe und Überlegungen wirken. Vielmehr ist der Sturz Herriots durch Ablehnung des von ihm gebilligten Vertrauensantrages eine ganz ausgesprochene Temperamentssache der französischen Deputiertenkammer. Zum erstenmal nach dem Kriege stieß Frankreich, das in unzähligen Fällen deutschen Revisionsvorschlägen über die Versailler Tributbestimmungen entgegengetreten war, nun selbst auf das kalte amerikanische Nein!

Daß sich Amerika auf nichts einließ, jeden Vorbehalt, ja jeden Vorschlag zurückwies und auf weiter nichts als auf prompte Zahlung bestand, immer nur den Mellon-Berenguerschen Schuldenzahlungsvertrag zwischen Frankreich und Amerika als maßgebend erklärte, — das alles reizte die Stimmung in der Deputiertenkammer zu immer leidenschaftlicheren Ausbrüchen, von denen sich auch der Ministerpräsident Herriot in seiner dreistündigen Rede keineswegs freihielt. Nicht einmal an die alte Weisheit erinnerte er sich, daß es in der Politik keine Dankbarkeit gibt, — und schließlich kann und muß doch Frankreich den Amerikanern wegen deren Haltung im Weltkrieg um vieles dankbarer sein als umgekehrt! Hier wird aber französische Sinnesart in einem äußerst empfindlichen Punkte berührt. Daraus erwuchs in der Kammer eine Art Trotz gegen Amerika, und aus diesem Stimmungsmäßigen heraus will man mit dem Sturz des amtierenden Kabinetts vor aller Welt demonstrieren, daß Frankreich die ganze Angelegenheit der Kriegsschuldenfrage außerordentlich ernst nehme. Nicht also um eine innenpolitische Krise handelt es sich hier, sondern um eine nationale Aufwallung, um eine patriotische Protestaktion. Denn die in Frage kommende Summe selbst beträgt nur rund 80 Millionen Mark und macht nur einen Bruchteil des Goldschatzes von rund 13 Milliarden aus, der in der Bank von Frankreich aufgestapelt ist.

Ablehnung jedes englischen Vorbehaltes, Nichtzahlungsbeschluß Belgiens, schließlich die amerikanische Antwortnote an Frankreich, die für später Verhandlungen in Aussicht stellt, für jetzt aber unbedingte Zahlung verlangt, — das alles machte die Position Herriots in der Kammer immer hoffnungsloser, stachelte die Leidenschaften und den Trotz der Parlamentarier immer mehr an. Offiziell ging die Verhandlung um den Wortlaut der mit Vorbehalten versehenen Antwortnote an Amerika, die die Bereitwilligkeit zur Zahlung aussprach: schon die Ausschüsse hatten mit großen Mehrheiten diese Note abgelehnt. Eigentlich war und — ist man in Paris und in der Kammer ratlos, was denn nun statt dessen geschehen soll, was Herriot vorschlug; denn jede neue Regierung steht genau vor demselben Problem.

Bloß ein „kleiner" Unterschied ist dabei: das Mellon-Berenguersche Schuldenabkommen ist durch die Nichtzahlung der Schuldenrate am 15. Dezember 1932 gebrochen worden durch dieselben französischen Volksvertreter, durch dieselben Parteien und ihre Führer, die so oft — Deutschland gegenüber die „unzerstörbare Heiligkeit der Verträge" betonten. Die Begründung für Frankreichs grundsätzlichen dreimaligen Protest gegen die Zahlung der Kriegsschulden überhaupt liest sich, als seien diese Gründe abgeschrieben aus den deutschen Noten, die immer wieder auf den wirtschaftlichen Wahnsinn von „Zahlungen ohne Gegenleistung" hinwiesen. Das ist zwar richtig, nur besteht auch hier ein „kleiner" Unterschied: Frankreich hat ja in riesenhaftem Umfang Gegenleistungen in Form von Waffen-, Munitions- und sonstigen Lieferungen während des Krieges und hernach tatsächlich empfangen, Deutschland aber niemals. Und unsere Zahlungsverpflichtungen gingen weit hinaus selbst über jene Kriegsschulden, die Frankreich an Amerika und England zu bezahlen hat.

Bricht man aber selbst einen Vertrag, so kann man nicht einmal juristisch, geschweige denn moralisch von einem anderen die Innehaltung von Verträgen fordern, die man diesem außerdem geradezu unter Drohungen abgepreßt hat! Und wenn sich Herriot und andere Debatteredner verleiten ließen, immer wieder zu betonen, daß durch das Vorgehen Amerikas auch das Lausanner Abkommen gefährdet werde, mithin der „alte Zustand" — also der Young-Plan — wiederhergestellt werden müsse, so ist heute die juristische und moralische Durchschlagskraft eines solchen Verlangens unter Hinweis auf die „Heiligkeit der Verträge" erheblich geschächt. Auch das an Lausanne sich anschließende „Gentleman agreement", die englisch-französisch-italienisch-belgische Übereinkunft zu gemeinsamem Vorgehen in der Schuldenfrage, ist praktisch zerstört; denn die eine Hälfte der vier Partner zahlt seine Schulden, Frankreich und Belgien aber tun es nicht. Was allerdings aus dem anderen Teil jener Übereinkunft wird, wo die Verabredung getroffen, die Lausanner Beschlüsse nur dann zu ratifizieren, wenn mit Amerika eine befriedigende Regelung der Kriegsschuldenfrage zustande gebracht wird, — das freilich läßt sich heute und für die nächste Zeit nicht sagen. Und das ist das verhängnisvoll Gefährliche dieser Ereignisse: die lähmende Ungewißheit darüber, ob und wann und wie man endlich zu einer vernünftigen „Vereinigung" der ganzen Welt auch von den finanziellen Folgen des Krieges kommt.

— **Aßmannshausen.** Er sollte ertränkt werden! 5 Kaufleute aus M.-Gladbach kehrten nach dem Besuch des Niederwaldes in mehreren Wirtschaften ein und kamen dann betrunken zur Tankstelle im Hotel zur Krone. Sie zahlten 3,80 M., schlugen aber dann den die Tankstelle bedienenden Hausburschen Weisel das Geld aus der Hand. Weisel bat sich solche Scherze. Daraufhin wurde er von den beiden Gladbachern Hütter und Schmitz schwer beschimpft und geschlagen. Sie drängten ihn mit den Worten: „Jetzt schmeißen wir den Gauner in den Rhein", an das Ufer und machten sich daran, ihn rücklings über das Geländer in den Rhein zu werfen. In diesem Augenblick bahnte sich der Besitzer der Krone, Husnagel, einen Weg durch die umherstehende gaffende Menge und befreite durch energisches Auftreten den zum Tode verurteilten Hausdiener. Das Amtsgericht verurteilte die beiden Rohlinge aus Gladbach zu je 100 M. Geldstrafe und 2 Monaten Gefängnis, sowie zu einem Schmerzensgeld von 60 M. für den mißhandelten Hausdiener. Die Strafkammer bestätigte das Urteil. In der Urteilsbegründung wird die Indolenz der gaffenden Volksmenge als ein besonderes Zeichen der Zeit hingestellt. 30—40 Menschen sehen, wie ein Mensch mißhandelt wird, und keiner rührt auch nur eine Hand, um den Unglücklichen zu retten. So weit ist schon ein Teil des Volkes gesunken!

Gerichtssaal.

Die Strafanträge gegen die Hertzer Kommunisten.

)!(Nach Abschluß der dreitägigen Beweisaufnahme vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig in dem Prozeß gegen die 14 Kommunisten aus Herford stellte der Vertreter der Anklage folgende Strafanträge: Gegen Jäger, Meyer und Hülsmann je 4 Jahre Zuchthaus; Heil und Tierschhoff je 3 Jahre Zuchthaus; Swintarski 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus; Lappenbusch und Machewitz je 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, Gießelmann 1 Jahr Zuchthaus; Stefanowsky 1 Jahr 9 Monate Gefängnis; Diebusch, Lindemann und Wemhöner je 1½ Jahre Gefängnis sowie Seffler 1½ Jahre Festung. Der Reichsanwalt hielt den Tatbestand des Sprengstoffkomplotts zwar nicht für vollendet, wies aber darauf hin, daß es sich bei dieser Tat um einen Teilausschnitt aus der gesamten Sprengstofforganisation der KPD. handelt, die die elementarste Sicherheit des Staates gefährdet und das Reich in eine „Bürgerkriegslage" gebracht habe. Es folgen noch die Plaidoyers der Verteidiger der Angeklagten, so daß das Urteil noch aussteht.



Der „Goldene Sonntag", der Höhepunkt im Weihnachtsverkauf!

Da werden die letzten Reserven aufgeboten, die über den guten Erfolg des Weihnachtsgeschäfts entscheiden. Am „Goldenen Sonntag" herrscht allenthalben Hochbetrieb, wo durch zielbewußte, frühzeitige Insertion allen Kaufwilligen der Weg zur vorteilhaften Einkaufsquelle gezeigt wurde. Auch Sie werden den Nutzen des Goldenen Sonntags spüren, je mehr Anzeigen die zahlreiche Leserschaft des Paderborner Anzeigers und seiner Nebenausgaben von Ihnen sieht. Anzeigen und nochmals Anzeigen sind der Schlüssel zum Erfolg.

Kleine telegraphische Meldungen

Ein 300-Meter-Ausbruch des Krakatau.

Amsterdam. Der Krakatau ist erneut in erhöhte Tätigkeit getreten. Es hat ein Ausbruch von 300 Meter Höhe stattgefunden. Die Ausbrüche der letzten Zeit erreichten nur 100 Meter Höhe.

Neue Höchstleistung der „Bremen".

Newyork. Der Schnelldampfer „Bremen" des Norddeutschen Lloyds hat eine neue Höchstleistung aufgestellt. Es gelang ihm, den Ozean in vier Tagen, 15 Stunden und 56 Minuten zu überqueren.

Rundfunk-Programm

Freitag, 16. Dezember.

Westdeutscher Rundfunk:

16.20: Jugendfunk: Besuch beim „Wettermacher" im Meteorologischen Observatorium in Aachen. 19.00: Lebende Dichter. Paul Apel: Bedeckte Sonne. Eine Erinnerung — Sterben. Ein Nachtstück. 20.00: Berlin: Gräfin Maritza. Operette von E. Kalman. 22.20: Letzte Meldungen. 22.40: Nachtmusik und Tanz.

Deutschlandsender.

15.00: Jungmädchenstunde. 15.45: Jugendstunde: Winke für Photobastler. 16.30: Leipzig: Nachmittagskonzert. 18.00: Musik. 18.30: Dr. Tiburtius: Das diesjährige Weihnachtsgeschäft. 20.00: Breslau: Musikalische Kuriositäten. 21.10: Frankfurt: Sensenleute ziehen durch Deutschland. 22.20: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Anschließend Stettin: Abendunterhaltung.

Familien-Nachrichten

Gestorben: Frau Ww. Heinrich Westerhorstmann, Gastwirtin, geb. Theodora Verholt, 58 Jahre, Delbrück Beerdigung: Sonnabend, den 17. Dezember, morgens 7.45 Uhr. — Bademeister Konrad Tofall, 53 Jahre, Bad Lippspringe, Beerdigung: Sonnabend, den 17. Dezember, nach dem Seelenamt um 7.30 Uhr.

Druck und Verlag der Paderborner Anzeiger und Verlagsdruckerei A.-G. in Paderborn, Geschäfts- und Schriftleitung: Martin Wagner, in Paderborn.

Vornehme **Photographien**
Erstklassige **Vergrößerungen**
Schönes Weihnachtsgeschenk!
Besuchen Sie recht bald den
Fachphotographen

Bekanntmachung!

Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Marienloh ist erloschen. Die Sperrmaßregeln sind aufgehoben.
Bad Lippspringe, den 14. Dezember 1932
Der Bürgermeister des Amtes Altenbeken als Ortspolizeibehörde.

H. Bartels
Uhrmacher
Paderborn Markt 3
Armband- und Taschenuhren
Schmuckwaren -:- Bestecke
Zentra-Uhren
Reparaturen gut und billig

Kaufe Literflaschen Weinflaschen
J. Kirchmeyer,
Paderborn Tel. 257
Bei größeren Mengen hole dieselben ab

Heimarbeit
auch für Frauen durch Ifiag-Verlag, Berlin WS 68 He.

Kauft nur beim Bäcker!
Den guten Spekulatius
Den schmackhaften Kuchen
Das schöne Gebäck
Das wohlschmeckende Brot
Hier habt Ihr die Gewißheit, daß alles sauber und aus erstklassigen Zutaten sowie Mehl hergestellt ist
Deshalb bekömmlich, nahrhaft und doch preiswert!

Mein Rat ist gut!

Wer auf die bequemste und billigste Weise Sauberkeit und Frische für Wäsche und Haus erzielen will, verwende Dr. Thompson's Schwan-Pulver in dem seit über 50 Jahren bekannten roten Paket. Man staunt, wie leicht und gründlich Schwan-Pulver allen Schmutz löst. Und das neue Doppel-Paket ist besonders sparsam und billig. Es kostet nur 44 Pfg. Befolgen Sie den guten Rat, nehmen Sie für alle Wäsche, für alle Abseif-Arbeiten in Küche und Haus
Dr. Thompson's Schwanpulver
Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche Seifix. Paket 14 Pfg.

Für 5 Groschen Glück
durch ein Los der
ARBEITER WOHLFAHRT WEIHNACHTS LOTTERIE
Ziehung 20. u. 21. Dezbr.
Gewinne im Werte von
450000 Mk.
Los 50 Pfennig.
Erhältlich bei der
Paderborner Anzeiger A.-G.
Bahnhofstr. 13 Paderborn Tel. 3213

DRUCK-ARBEITEN
für Handel, Handwerk und Privat
liefert schnell und preiswert
PADERBORNER ANZEIGER AG.



Wer den Anzeiger noch nicht kennt,
bestelle ihn bei der Geschäftsstelle auf 1 Woche zur Probe. Das Probeabonnement ist kostenfrei und
führt zum dauernden Bezug.

Wer verkauft
Wohn- od. Geschäftsh. Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Bau- u. Kiesgelände Sof. Angeb. an K. Lahmeyer, Bremen, Elsasserstr. 152

In 3 Tagen
Nichtraucher.
Sanitas-Depot
Halle a. S. 37

Versteigerung.

Sonnabend, den 17 Dezember, 10 Uhr werden auf dem Hofe der Reiterkaserne Paderborn zwei für den Truppendienst nicht geeignete 5jährige Dienstpferde öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung verkauft.
Reiter-Regiment 15.

Am Sonnabend (17 12.) vorm. 9 Uhr
Verkauf v. Roggenkleie und Roggenspitzkleie
auf dem Magazinhofe, Schulstraße 4.
Heeresstandortverwaltung
Paderborn. Fernruf 3122.

Glauben Sie wirklich,
daß Sie sich heute keine gute Monatsschrift mehr halten können
?
Bitte lassen Sie sich gegen Einsendung der Portogebühr von 30 Pf. (auch Auslandsmarken) von dem Verlag Georg Westermann in Braunschweig völlig kostenlos und unverbindlich eine Probenummer einer Westermanns Monatshefte kommen. - Sie werden dann Weiteres hören.

Automobil-Kühlerbau
Neuanfertigung - Reparaturen
schnell — billig
Lippstadt Jos. Wirth Ruf 3083

Nur Miele Miele"
sagte Tante,
die alle Waschmaschinen kannte


Mielewerke A.G.
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands
Gütersloh/Westfalen
Zu haben in den einschlägigen Geschäften

Lippspringer Anzeiger

Freitag, den 16. Dezember 1932

Abstimmungen am laufenden Band.

Beratungen im Preußischen Landtag.

(24. Sitzung.) tt. Berlin, 14. Dezember.

Der Preußische Landtag trat am Mittwoch wieder zu einer kurzen Tagung zusammen und stimmte über zahlreiche Anträge ab.

Zunächst nahm er mit 290 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten einen kommunistischen Antrag an, die Staatsregierung zu beauftragen, ihre Vertreter im Reichsrat anzuweisen, dem

Amnestiegesetz

zuzustimmen.

Dann nahm der Landtag mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten einen nationalsozialistischen Antrag an, im Hinblick auf die zu erwartende Reichsamnestie alle unter diese Amnestie fallenden Gefangenen schon jetzt zu befreien, Strafvollstreckungen nicht zu vollziehen und die anhängigen Verfahren nicht durchzuführen.

Weiter wurde mit 148 gegen 27 Stimmen bei 53 Enthaltungen ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der

die sofortige Einsetzung des Staatsministeriums Braun

in alle die Rechte fordert, die zur Durchführung der Aufgaben des Landtages als Vertretung des preußischen Volkes erforderlich seien. Ferner fordert der Antrag, bei dessen Abstimmung am 26. November die Beschlußunfähigkeit des Landtages sich herausstellte, die sofortige Aufhebung der Verordnungen vom 20. Juli und vom 18. November. Für den Antrag stimmten Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei, dagegen die Deutschnationalen, während die Kommunisten sich der Stimme enthielten. Die Nationalsozialisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Bei der Beratung eines sozialdemokratischen Antrages, alle Verordnungen der Reichskommissare für ungültig zu erklären, stellte sich die

Beschlußunfähigkeit des Hauses

heraus. Es waren nur 165 Karten abgegeben worden. Für den Antrag hatten die Sozialdemokraten und Kommunisten gestimmt.

Der Präsident berief auf sofort mit dem Rest der Tagesordnung eine neue Sitzung ein.

Annahme findet in der neuen Sitzung ein Ausschußantrag, wonach der Reichskommissar von

Beförderungen und Neueinstellung von Beamten

absehen soll, soweit diese Maßnahmen dem Ziel einer Verbilligung und Verkleinerung der Verwaltung widersprechen. Auch ein sozialdemokratischer Antrag findet Annahme, wonach der Reichskommissar Auskunft geben soll, welche Kosten durch die von ihm verfügten Entlassungen, Neueinstellungen usw. entstanden sind. Weiter werden angenommen sozialdemokratische und kommunistische Anträge, die sich mit der Ernennung des für

die Durchsuchung der kommunistischen Räume im Reichstag

verantwortlichen Regierungsrats von Werder zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Bielefeld beschäftigen. Die Anträge behaupten, daß die Beförderung dieses Beamten, der verfassungswidrig gehandelt habe, aufs schärfste dem Auftrag widerspreche, zu dessen Durchführung der Reichskommissar eingesetzt sei.

Das Haus stimmt dann dem sozialdemokratischen Antrag zu, wonach

Preußen im Reichsrat

bei der etwa zu erledigenden Verfassungsreform jedem Versuche Widerstand leisten soll, die demokratischen Rechte des deutschen Volkes anzutasten. Auch sollen die preußischen Vertreter keinem Reichsreformentwurf zustimmen, worin die Rechte Preußens weniger gewahrt werden als die der anderen Länder.

In einem weiteren angenommenen Antrag protestiert der Landtag gegen den etwaigen Plan der Schaffung eines Mehr-Stimmenrechts. Dann werden

zwei neue Untersuchungsausschüsse eingesetzt:

sie sollen die Vorgeschichte der Einsetzung des Reichskommissars prüfen sowie die Personalpolitik des Reichskommissars. Weiter wird ein umfangreicher sozialdemokratischer Antrag angenommen auf Rückgängigmachung sozialer Härten in Reichsnotverordnungen. Gleichfalls angenommen wird ein deutschnationaler Antrag, die Rückzahlung und Verzinsung des Staatsanteils der den Kommunen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährten Darlehen auf Antrag zu stunden. Die Reichsregierung soll ersucht werden, auch eine Stundung des Reichsanteils zu gewähren.

In weiteren angenommenen Anträgen fordert der Landtag u. a., daß die Erhebung einer Krankenscheingebühr und einer Arzneikostenbeteiligung von Kranken-Wohlfahrtsempfängern unterbunden werde. Es wird ferner die Einleitung einer Verbilligungsaktion für Frischmilch zugunsten der Sozialrentner und Erwerbslosen gefordert.

Auf kommunistischem Antrag beauftragt der Landtag das Staatsministerium, sämtliche aus Anlaß des Berliner Verkehrsstreiks eingeleiteten Strafverfahren sofort einzustellen und die bereits ergangenen Urteile nicht zu vollstrecken.

Neue Gesetzesanträge der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten über die Aufwertung von Erbpachtzinsen der Großefehn-Gesellschaft (Moorkolonien in Ostfriesland) gehen nach debatteloser Erledigung in erster Lesung an den Rechtsausschuß.

Angenommen wird ein nationalsozialistischer Antrag, wonach auch dem Einzelhandel

Sicherungsschutz gegen Zwangsvollstreckung

gewährt werden soll. Das Haus vertagte sich auf Donnerstag, wo u. a. auch die Kulturdebatte auf der Tagesordnung steht.

Neue Verhandlungen in Preußen.

Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen.

Ein Ersuchen der Nationalsozialisten.

Der preußische Landtag dürfte entgegen den bisherigen Dispositionen bis einschließlich Sonnabend Plenarsitzungen abhalten. Es ist vorgesehen, noch eine umfangreiche Kulturdebatte durchzuführen.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß auch die Koalitionsbesprechungen fortgesetzt würden, und zwar in einem etwas größeren Rahmen insofern, als man auch mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen Fühlung genommen habe. — Dazu wird noch ergänzend bekannt, daß zwischen dem Landtagspräsidenten Kerrl und den deutschnationalen Abgeordneten v. Winterfeldt und Borck auf Einladung des Landtagspräsidenten eine Besprechung über die Koalitionsfrage stattfand. Der Landtagspräsident habe den deutschnationalen Vertretern von dem Wunsch der der nationalsozialistischen Parteiführung Mitteilung gemacht, die Deutschnationalen an den Verhandlungen über eine Regierungsbildung in Preußen zu beteiligen. Die Besprechung wird vertraulich behandelt.

Amnestie-Entscheidung d. Reichsrats vertagt

Die Reichsratsausschüsse berieten am Mittwochabend das vom Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossene Amnestiegesetz. Eine endgültige Entscheidung konnten die Ausschüsse jedoch noch nicht fällen, es findet vielmehr eine zweite Lesung am nächsten Dienstag statt. Das Amnestiegesetz kann deshalb in der Vollsitzung am heutigen Donnerstag vom Reichsrat noch nicht verabschiedet werden. Eine neue Vollsitzung, dann voraussichtlich die letzte vor Weihnachten ist für diesen Zweck für Dienstagabend in Aussicht genommen. Im Reichsrat besteht jedoch, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, die feste Absicht, noch rechtzeitig vor Weihnachten die Entscheidung über die Amnestie herbeizuführen. Den Vorsitz in der Ausschußberatung führte Reichsjustizminister Dr. Gürtner selbst; der Minister und die Beamten seines Ministeriums beteiligten sich lebhaft an der Beratung der Vorlage.

*

Einspruch Bayerns

gegen das Amnestiegesetz.

Die bayerische Staatsregierung hat sich am Mittwoch entschlossen, gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz Einspruch im Reichsrat einzulegen.

Siedlungsausschuß geplant

unter Schleichers Vorsitz.

Es soll geplant sein, einen Siedlungsausschuß unter Vorsitz von Reichskanzler v. Schleicher zu bilden. Als Mitglieder dieses Siedlungsausschusses werden genannt: der Reichsernährungminister v. Braun, Reichsarbeitsminister Dr. Syrup, der Arbeitbeschaffungskommissar Dr. Gerecke und der Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Popitz. Auch dem Kabinett nicht angehörige Fachleute sollen in den Siedlungsausschuß berufen werden.

Gegen Parteipolitik — für Staatspolitik.

Stahlhelmführer über den Frontkämpfergeist.

Der Erste Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte, gewährte einem Vertreter des „Matin" eine längere Unterredung, in der er unter anderem die Frage beantwortete, ob es einen internationalen Frontkämpfergeist gebe. Diejenigen, die den Krieg mitgemacht hätten, sagte Seldte, seien in ihrem Volk zu einer Elite geworden; keine Übermenschen, aber Männer der Ehre. Sie hätten voreinander gegenseitige Achtung und könnten einander besser verstehen. Nach dem Standpunkt des Stahlhelm befragt, erklärte Seldte unter anderem, der Stahlhelm wolle vor allem die innere und äußere Befreiung Deutschlands. Er wünsche also einen starken Staat und wolle nicht Staat im Staate sein. Der Stahlhelm stelle Deutschland über die Parteien und sei der Ansicht, daß die Parteien nichts Endgültiges darstellen. Daher sei der Stahlhelm gegen Parteipolitik und für Staatspolitik. Die Frage der künftigen Staastform Deutschlands könne gegenwärtig nicht gelöst werden. Zuerst müßten die aus dem Versailler Vertrag geborenen Fragen, wie zum Beispiel der polnische Korridor, geregelt werden. „Wir wollen", so schloß er, „keine Vergeltung, sondern gegenseitige Verständigung. Ein neuer Krieg wäre dumm. Wir Frontsoldaten, die wir den Krieg kennen, wünschen keinen neuen Krieg, sondern einen ehrenhaften Frieden."

Proteste und Gelächter in Genf.

Frankreich versucht weiter zu sabotieren.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz trat zum erstenmal seit dem Austritt Deutschlands zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, an der der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, wieder teilnahm. Die Sitzung nahm einen bewegten Verlauf. Der allgemein erwartete Protestschritt kleinerer Mächte gegen die von den Großmächten außerhalb der Konferenz getroffenen Vereinbarungen wurde von dem polnischen Vertreter eingeleitet. Diesem Protest Polens schlossen sich Südslawien, Griechenland, Rumänien, Uruguay, Spanien und Belgien an. Die Vertreter dieser Mächte machten offiziell Vorbehalte gegen jegliche Vereinbarung der Großmächte geltend, die außerhalb der Abrüstungskonferenz getroffen würden und durch die die Konferenz vor vollendete Tatsachen gestellt würde.

Unter stürmischem Gelächter des ganzen Saales gab sodann der russische Außenkommissar Litwinow die Erklärung ab, die Konferenz habe sich nach zehn Monaten wieder in der ursprünglichen Form rekonstruiert. Es sei zu hoffen, daß in den nächsten zehn Monaten keine weiteren Verluste entständen, die wieder zehn Monate zur Wiederherstellung der Konferenz notwendig machen würden.

Der Hauptausschuß hat dann seine weiteren Verhandlungen bis zum 31. Januar mit der Annahme einer Entschließung vertagt, in der der Hauptausschuß von den Vereinbarungen der fünf Großmächte vom 11. Dezember Kenntnis nimmt. Er begrüßt mit Befriedigung die Erklärung, nach der die fünf Mächte entschlossen seien, auf der Abrüstungskonferenz mit den übrigen dort vertretenen Mächten zusammenzuarbeiten, um so schnell wie möglich ein Abrüstungsabkommen auszuarbeiten, das eine wesentliche Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen einschließlich der Bestimmungen für eine Revision im Sinne weiterer Herabsetzungen in sich trägt.

*

Der Vorstoß der kleineren Mächte in der Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz wird in unterrichteten Kreisen auf französischen Einfluß zurückgeführt und ist auf Grund einer sorgfältig vorbereiteten Vereinbarung erfolgt, um in Zukunft die unmittelbaren Besprechungen zwischen den fünf Großmächten und die Erörterung der praktischen Anwendung der deutschen Gleichberechtigung außerhalb der Abrüstungskonferenz unmöglich zu machen. Jedoch kann als selbstverständlich angenommen werden, daß die fünf Großmächte sich durch dieses Manöver nicht stören lassen und an ihrer Vereinbarung, die großen politischen Fragen der Abrüstungskonferenz unter sich zu behandeln, weiter festhalten werden.

*

England ruft den Völkerbund zur sofortigen Behandlung des Ölstreits mit Persien an.

Genf. Die englische Regierung hat beim Generalsekretär des Völkerbundes den Antrag gestellt, den Streit zwischen England und Persien wegen der Entziehung der Konzession der englisch-persischen Ölgesellschaft durch die persische Regierung vor dem Völkerbundrat zur Verhandlung zu bringen. Die englische Regierung verlangt, daß diese außerordentlich wichtige Frage unverzüglich auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Ratstagung gesetzt werde.

*

Unabhängigkeit der Philippinen

innerhalb von acht Jahren.

Der amerikanische Senat beschloß am Mittwoch mit 40 gegen 38 Stimmen den Philippinen die Unabhängigkeit innerhalb von acht Jahren zu gewähren.

Arbeitsdienst und Siedlung.

Erziehung zur Selbsthilfe.

Der Reichsarbeitsminister über die Aufgaben des Arbeitsdienstes.

Über den Freiwilligen Arbeitsdienst sprach Reichsarbeitsminister Dr. Syrup in der Mitgliederversammlung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Er gelte eingehend die Bedingungen dar, die die Sachwalter des Freiwilligen Arbeitsdienstes an die Arbeiten zu stellen haben. Generalbedingung sei der volkswirtschaftliche Wert der Arbeit. Man müsse sich wohl darüber klar sein, daß jede Arbeitsbeschaffung mit größeren Risiken behaftet sei, als eine auf natürlichem Wege eintretende Arbeitsvermehrung. Mittelbar volkswirtschaftliche Arbeiten, z. B. Bau von Spiel- und Sportplätzen, seien auf ein Mindestmaß zurückgeführt, obwohl daraus der Vorwurf erwachsen könnte, daß nicht genügendes Verständnis für die Bedeutung der Leibesübungen vorhanden sei.

Besonderer Prüfung bedürfe die Frage,

ob Meliorationsarbeiten volkswirtschaftlich vertretbar

oder etwa in Ansehung unserer landwirtschaftlichen Erzeugungsentwicklung Fehlanlagen seien. Wollte man von seiten des Reichskommissars in eine solche Prüfung eintreten, so würde dies die Aufziehung eines neuen Behördenapparates bedeuten, dem er sich mit Nachdruck widersetze. Bei pflichtmäßiger Mitarbeit der vorhandenen Behörden brauche der Freiwillige Arbeitsdienst keinen neuen Personalkörper. Bei der Forderung, eine vorausschauende

großzügige Planung von Arbeiten

des Arbeitsdienstes aufzustellen, werde offenbar vergessen, daß er als Reichskommissar nicht übersehen könne, ob die Inangriffnahme der auf Grund eines besonderen Planes aufgestellten Arbeiten volkswirtschaftlich vertretbar sei, und daß er nicht in der Lage sei,

die Gesamtkosten

derartiger Arbeiten zu übernehmen, sondern auf die starke finanzielle Beteiligung der Träger der Arbeit angewiesen sei. In den meisten Fällen wäre bei der finanziellen Notlage der öffentlichen Körperschaften eine ablehnende Antwort zu erwarten. Das schließe natürlich nicht aus, wichtige Maßnahmen auch von seiten des Reichskommissars anzuregen und zu fördern. Die richtige und sinnvolle

Ausgestaltung der Freizeit

der freiwilligen Arbeitsdienstnehmer habe vor allen Dingen den Zweck, den jungen Menschen zum Begreifen des eigenen Lebensschicksals im Rahmen der Nöte unserer Zeit und zum Suchen nach Wegen zu neuem Aufstieg anzuleiten. Bei der hierzu notwendigen Erziehungsarbeit müsse in weitem Umfang auf die erprobten Kräfte der Jugendgruppen zurückgegriffen werden. Vorschläge, den Staat allein als Träger des Dienstes auftreten zu lassen, seien nicht unbedenklich. Es sei doch zweifelhaft, ob der Staat überhaupt in der Lage sei, von sich aus allein diese große volkserzieherische Aufgabe zu übernehmen, ohne bei der Jugend selbst von vornherein stärkste Kritik und Opposition auszulösen. Der Staat könne hier wohl nur überwachend und regelnd eingreifen. Abschließend ging Dr. Syrup noch auf die Frage ein, was

nach Abschluß des Dienstes

aus den Arbeitsdienstwilligen werde. Eine Verlängerung der Förderungsdauer über 40 Wochen hinaus komme nicht in Frage, weil dann entsprechend weniger Arbeitsdienstwillige herangezogen werden könnten. Eine allgemeine Bevorzugung der jungen Kräfte sei im Hinblick auf die vielen arbeitslosen Familienväter unmöglich. Für die ausscheidenden Arbeitsdienstwilligen habe die Reichsanstalt ihre umfangreichen beruflichen Bildungsmaßnahmen in erhöhtem Umfang bereitgestellt.

Bei den Arbeitsdienstwilligen wachse der Wille, sich nach Ablauf der Dienstzeit durch Selbsthilfe zu stützen. Alle diese Ansätze zur Selbsthilfe verdienten Beachtung und Unterstützung. Endlich müßte auch die Neigung der Arbeitsdienstwilligen zur Siedlung gefördert und unterstützt werden. Arbeitsdienst und Siedlung seien Wege zur Gesundung unseres Volkes. Aufgabe der Staatsführung werde es sein, beide Ströme in ein einheitliches Bett zu leiten.

Neldungen
Krakatau.
t in erhöhte Tätigkeit
00 Meter Höhe statt-
eit erreichten nur 100
remen".
men" des Norddeu-
ufgestellt. Es gelang
den und 56 Minuten
gramm
„Wettermacher" im
hen. 19.00: Lebende
Eine Erinnerung
rlin: Gräfin Mari-
Letzte Meldungen.
Jugendstunde: Win-
Nachmittagskonzert.
: Das diesjährige
Musikalische Kurio-
sehen durch Deutsch-
o.-nachrichten. An-
erhorstmann, Gast-
hre, Delbrück Be-
er, morgens 7.45
Jahre, Bad Lipp-
7. Dezember, nach
nzeiger und Ver-
äfts- und Schrift-
Paderborn.
ist gut!
und billigste Weise
Wäsche und Haus
hompson's Schwan-
Jahren bekannten
icht und gründ-
utz löst. Und
ders sparsam
Befolgen
lle Wäsche,
nd Haus
n's
r
eifix-Paket 14 Pfg.
Miele"
nen kannte
Miele
e A.G.
eutschlands
tfalen
n Geschäften

Aufhebung der Tariflohnsenkung.

Im Reichsanzeiger wird eine Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit veröffentlicht. Die Verordnung lautet:

Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 tritt hinsichtlich ihres ersten Teils am 31. Dezember 1932, im übrigen am 31. Januar 1933 außer Kraft.

Hat ein Arbeitgeber am Tage der Verkündung der vorliegenden Verordnung von dem ersten Teil der Verordnung vom 5. September 1932 Gebrauch gemacht und nachweislich Aufträge übernommen, deren Erledigung ihm bei Wegfall der Tariflohnunterschreitung erheblichen Schaden verursachen würde, so kann auf seinen Antrag der Schlichter für den Betrieb oder die Betriebsabteilung mit bindender Wirkung anordnen, daß die Berechtigung oder Ermächtigung zur Tariflohnunterschreitung unter den bisherigen gesetzlichen Voraussetzungen bis zum 31. Januar 1933 bestehenbleibt. Anträge, die nach dem 31. Dezember 1932 bei dem Schlichter eingehen, sind nicht zu berücksichtigen.

Die Forderungen von Wirtschaft und Industrie.

Krupp von Bohlen vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie.

Die Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde in Berlin durch eine Ansprache seines Vorsitzenden Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eröffnet. Der Redner ging auf die Wirtschaftspolitik der Regierung von Papen ein, die schlagartig eine Vertrauenswelle hervorgerufen habe. Es sei zu wünschen, daß die Regierung Schleicher sorgfältig darauf bedacht sein möge, die Grundlinien des Programms der Papen-Regierung zu wahren. Wirtschaft und Industrie seien fest entschlossen, alle produktiven Kräfte einzusetzen, und es wäre außerordentlich verhängnisvoll, wenn diese Bemühungen durch parteipolitische Umstände zunichte gemacht würden. Der Redner legte ein Bekenntnis zur Privatwirtschaft ab und forderte die Wiederherstellung einer klaren Scheidung zwischen den Aufgaben des Staates und denen der Privatwirtschaft. Er schloß mit den Worten: „Verlangt von der Wirtschaft ein Höchstmaß an Leistungen, aber gebt ihr hierfür durch Beseitigung der unnatürlichen parteipolitischen und machtpolitischen Hemmungen eine wirkliche ehrliche Chance!"

Notverordnungsdebatte im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte seine Beratungen über die Anträge auf Aufhebung und Änderung verschiedener Notverordnungen fort. Man beschäftigte sich insbesondere mit der Notverordnung vom 4. September d. J. Im Verlauf der Aussprache riet ein Regierungsvertreter von der vorzeitigen Wiederaufhebung der Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern ab. Nachdem die Einrichtung geschaffen sei und zahlreiche Unternehmer im Vertrauen darauf langfristige Aufträge angenommen und Arbeiter eingestellt hätten, müsse ein vorzeitiger Abbruch zu schweren Schädigungen und

zur Erschütterung des Vertrauens

in die Maßnahmen der Reichsregierung führen. Eine Wiederentlassung von Zehntausenden von Arbeitern in der nächsten Zeit wäre besonders bedauerlich. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilte dann mit, daß der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister bereit sein würden, sich an der Aussprache im Ausschuß über die Arbeitsbeschaffung zu beteiligen. Der Ausschuß beschloß daraufhin, unter der Voraussetzung, daß die Minister am Montag erscheinen können, an diesem Tage die Anträge zur Arbeitsbeschaffung zu beraten. Zuvor hatte noch ein Antrag einstimmig Annahme gefunden, daß für die Opfer von Premnitz aus Reichsmitteln bis zu 25 000 Mark zur Verfügung gestellt werden sollen.

Papens Bauernpolitik.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Hugenberg beschäftigte sich in mehreren Artikeln im „Tag" mit der Politik des Kabinetts v. Papen. Er begrüßt die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen an, lehnt aber „das Philosophieren über allerhand Verfassungsfragen" ab. Papens Wirtschaftspolitik sei ein „Kampf zwischen den Ressorts" gewesen, und zur Kontingentierungspolitik stellt Dr. Hugenberg fest, daß durch die unglückliche Behandlung dieser Frage wir bereits alle etwa denkbaren Nachteile dieser Politik ausgekostet haben, ohne daß überhaupt eine Kontingentierung durchgeführt und der Landwirtschaft irgendwie genügt wäre. . . . Unsere Wirtschaft ist in eine Anzahl gegeneinander kämpfender Interessentenverbände zerrissen. Kommt eine umstrittene Handelsvertragsfrage zur Entscheidung im Kabinett, so kämpft und schreit die ganze Öffentlichkeit mit. Man schilt in der Wirtschaft so viel über die Politiker. Durchschnittlich sicher mit Recht. Aber ebenso schlimm ist die gänzlich falsche Organisation der Wirtschaft. — Man hat öffentlich Kontingente angekündigt und alsdann eine Kommission zu den Nachbarstaaten geschickt. Sie kam selbstverständlich mit dem Ergebnis nach Hause, daß jenes Ausland, das uns ungeniert mit Kontingenten traktiert, zu den deutschen Absichten ein sehr ernstes Gesicht mache und Repressalien ankündige. Ja, konnte denn bei dieser kostspieligen Reise etwas anderes herauskommen? Inzwischen aber hatte das ganze Ausland Zeit, mit Drohungen und Abbestellungen die deutschen Exportinteressenten in Angst zu versetzen und zu schädigen. Das gesamte Ausland mußte sich eingeladen fühlen, dem armen zuckenden Deutschland den Beweis für die Unmöglichkeit der Kontingente zu liefern. — Das zurückgetretene Kabinett hat die landwirtschaftliche Frage nicht gelöst. Es darf sich nicht wundern, wenn die Landwirtschaft sich auch von ihm enttäuscht fühlt. Es hat dem weiteren Absinken der Preise seinen Lauf gelassen.

Ein kirchlicher Mahnruf.

„Rettet deutsche Brüder vor der Verzweiflung!"

Die Landeskirchenversammlung in Frankfurt am Main nahm einstimmig eine Entschließung an, in der sie der schwersten Sorge über die Not zahlreicher Glieder unseres Volkes Ausdruck gibt. Sie sieht, wie in vielen Häusern die letzten Bestände alles zum Lebensunterhalt Notwendigen aufgebraucht sind und darüber hinaus viele Menschen ein Leben in tiefer Verzagtheit, ja Verzweiflung führen. Für junge Menschen bedeutet die Erwerbslosigkeit Entwurzelung aus Familie, Heimat und Kirche, ja oft sogar Verwilderung.

In dieser Lage richtet die Landeskirchenversammlung an alle Verantwortlichen in Staat, Stadt und Wirtschaft, insbesondere auch an die Reichsregierung, den dringenden Ruf, „vor allen anderen Aufgaben das eine Ziel der Überwindung der Erwerbslosigkeit mit ganzem Ernst ins Auge zu fassen".

Bis zur Erreichung dieses Zieles sei nicht nur jeder Abbau der Renten unmöglich, vielmehr sei zu fordern, daß Renten und Unterstützungen wieder so gestaltet werden, daß sie ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.

Kurze politische Nachrichten.

Hundert betonierte Unterstände beabsichtigt die belgische Regierung an der deutsch-belgischen Grenze zu erbauen und mit automatischen Feuerwaffen zu versehen. Die Kosten von über 60 Millionen Franc sind bereits gedeckt.

*

Von zuständiger Stelle wird die schiffahrttreibende Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, daß den deutschen Konsulatsbehörden in Polen keinerlei Mittel zur Unterstützung deutscher Schiffer zur Verfügung stehen. Dieser Umstand sei besonders zu beachten sowohl von den Schiffern, die wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit Gefahr laufen, mit ihren Fahrzeugen in Polen einzufrieden, als auch von denen, die in der Hoffnung, Ladung zu bekommen, nach Polen fahren

Die Verkehrsunfälle bei Kilometerstein 23,9.

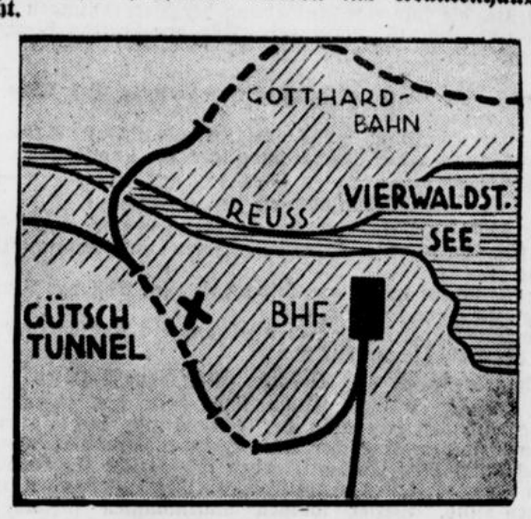
Unsachgemäßes Fahren.

Nachdem kürzlich durch die Geologische Reichsanstalt mit Hilfe exakter Messungen festgestellt worden war, daß bei dem ominösen Kilometerstein 23,9 bei Wesermünde keinerlei „Strahlungen" vorhanden sind und sie daher auch nicht die Ursache der dort sich häufenden verhängnisvollen Unfälle sein können, haben nunmehr auch die Landesbauämter die Beschaffenheit der Straße an jener Stelle einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Danach befindet sich die Straße in tadellosem Zustande. Die Schlüpfrigkeit des Asphalts bei Nässe sei hier nicht schlimmer als an anderen Stellen der Straße auch. Fast alle Unfälle müßten auf unsachgemäßes Fahren und unrichtiges Verhalten zurückgeführt werden. Der Versuch des Aufrauhens und Absplitterns sei, wie zu erwarten, von keinerlei besonderem Erfolg begleitet gewesen. Immerhin habe man zu den bereits vorhandenen besonderen Warnungsschildern noch ein Schild mit der Aufschrift „Glätte bei nassem Wetter" hinzugefügt.

Das Eisenbahnunglück im Luzerner Tunnel

Der Guetsch-Tunnel.

Das Eisenbahnunglück bei Luzern ist die schwerste Eisenbahnkatastrophe, die sich in der Schweiz seit dem Zugzusammenstoß von Bellinzona im Jahre 1924 ereignet hat. Damals waren fünfzehn Tote, darunter der frühere deutsche Staatssekretär Helfferich, zu beklagen. Diesmal wurden sechs Personen getötet — die Befürchtung, daß sich unter den Vermißten weitere sechs Tote befinden, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt — und dreizehn zum Teil schwerverletzte Personen wurden ins Krankenhaus gebracht.



Hier ereignete sich das Eisenbahnunglück von Luzern.

Unsere Darstellung zeigt einen Stadtplan von Luzern am Vierwaldstätter See, wo im Gütsch-Tunel, unmittelbar vor der Station Luzern — in der Karte durch ein Kreuz noch besonders gekennzeichnet — der Zusammenstoß zweier Schnellzüge stattfand.

Der Guetsch-Tunnel ist ein Engpaß, durch den fast der ganze Bahnverkehr zwischen Luzern und der übrigen Schweiz bewerkstelligt wird. Er hat eine Länge von 1400 Meter und hat durchgehend zwei Gleise. Der Verkehr innerhalb des Tunnels spielt sich aber nicht so ab, daß beispielsweise das eine Gleis nur von Zügen, die nach Luzern fahren, benutzt wird und das andere von Zügen, die von Luzern abfahren. Die Anordnung ist vielmehr so, daß das westliche Gleis in beiden Richtungen der ganzen Bahnverkehr der Linie Luzern—Olten—Basel und Luzern—Langnau—Bern aufnimmt, während das östliche Gleis für den ganzen Bahnverkehr der Linie Luzern—Gotthard und Luzern—Zürich in beiden Richtungen benutzt wird. Das bedeutet also, daß die Linien, die der Tunnel durchfahren, nur gewissermaßen eingleisig

---



37] (Nachdruck verboten.)

Elftes Kapitel.

Es war die Zeit der Saisonarbeiter. Die große, dumpfe Welle der polnischen Schnitter zog ins Land. Mit ihnen kam jener Geruch, der großen Herden anhaftet: die gefährliche Hitze der Masse — die Gewalttätigkeit einer Vielheit von armseligen, verständnislosen Kreaturen. Jeder für sich war nur ein armer Teufel — aber viele auf einem Haufen waren ein Brutherd unverständlicher und tierischer Gedanken.

Es wurden — wie immer — zahllose Einwände gegen diese alljährliche Invasion gemacht. Auf Wernothen brauchte man diese polnischen Landarbeiter auch nicht zu beschäftigen — man hatte genug eigene Kräfte, aber das war eine Ausnahme. Für zahllose Besitzer war diese Armee so unentbehrlich wie Heringsschwärme für Fischerdörfer. Gewiß, es gab Tausende von Landarbeitern, aber das waren Menschen, die für ihre Arbeit mit Recht eine halbwegs anständige Entlohnung, brauchbares Essen und einen sauberen Platz zum Schlafen verlangten. Die Polen unterboten alle Preise, sie arbeiteten für ein paar Pfennige, fraßen aus Kübeln und schliefen wie das Vieh in Ställen. Niemand sah sie gern. Man ging ihnen aus dem Wege, aber sie waren so billig, daß viele Besitzer sie nehmen mußten, weil sie einfach nicht das Geld hatten, sich anständige Arbeitskräfte heranzuholen. Die Not der Bauern drückte das Niveau ihrer Arbeiter — ein ganz einfacher Vorgang, an dem es wenig herumzudeuteln gab. Da half es nichts, sich Statistiken auszurechnen, die das Anwachsen der Kriminalität durch die Masse der alljährlichen polnischen Schnitter bewiesen — in einem ausgehungerten und abgewürgten Lande hat der Pfennig die größere Beweiskraft.

Immerhin hatte auch diese Welle ihr Gutes; sie bewies es denen, die sonst nie daran dachten, daß es zwischen Polen und Deutschland nicht eine Grenze der Nationen gibt, sondern eine Grenze der Zivilisationen. Man brauchte nicht mehr zwei oder drei Kilometer weit drüben ins andere Land zu fahren, um den Sumpf schon daran zu erkennen, daß man auf dem Wege steckenblieb, der Sumpf schickte in jedem Sommer seine Schwärme, an denen man ihn erkannte.

Wo vor kurzem noch das gelbe Meer der Felder gewogt hatte, standen Stoppeln.

Manchmal heulte nachts der Wind.

Die Zeit der Jagd begann.

Peter hatte eine Zeitlang gehofft, daß das Halali für Fee eine neue Sensation bedeuten würde, aber er hatte sich geirrt. Als sie zum erstenmal sah, wie ein Reh von einer Kugel getroffen wurde, bekam sie einen



Die Zeit der Jagd begann.

Weinkrampf. Es war die erste und die letzte Jagd, an der sie teilnahm.

Peter fühlte ein mild-zärtliches Verständnis für sie. Gerade deshalb liebte er sie ja — weil sie mehr Frau war als alle anderen, die er je gesehen hatte. Er riß seine ganze Selbstlosigkeit zusammen und schickte sie nach Berlin. Wie sie ihm dankte, war ihm Lohn genug.

Es war weder ihr erster noch ihr letzter Urlaub. Ihre Abwesenheiten von Wernothen wurden häufiger und länger. Was Peter das erste und das zweite Mal noch als Ausnahme angesehen und nur deshalb ertragen hatte, machte sie mit unwiderstehlich leichter und liebenswürdiger Hand zu einer Gewohnheit. Sie war weitaus öfter in Berlin als bei ihm.

Wenn sie nicht da war, stieg manchmal in ihm ein dumpfer Groll empor. Er fand viele Einwände und ehrliche Worte, die er zu ihr darüber sprechen wollte, aber wenn sie vor ihm saß und ihn anlächelte, war alles weggewischt. Er wäre sich nur dumm vorgekommen, wenn er ihr Vorschriften gemacht hätte. Man befiehlt nicht dem Frühling, er habe zu kommen oder zu bleiben. Man kann sich nur darüber freuen, wenn er da ist, oder sich nach ihm sehnen, wenn er fehlt.

Ein einzigesmal machte er den Versuch, gegen ihre Eigenmächtigkeit zu protestieren. Fee gab sofort nach. Sie blieb. Sie machte ihm auch keine Vorwürfe, keine Szenen. Sie ging verspielt und ziellos durch das Haus, tagaus, tagein, es war keine Freude an ihr und kein Ärger. Sie war nett wie immer, aber in einer gewissen müden, resignierten Art, so daß ihm am dritten Tage das Gewissen schlug und er sie selbst aufforderte, wieder abzufahren.

Sie sagte nicht einmal sofort Ja. Sie sah ihn forschend, fast kindhaft vertrauensvoll an:

„Du hast es nicht gern!"

„Ich bitte dich darum", sagte er und begriff seine ganze Machtlosigkeit; denn er hatte es wirklich nicht gern.

Aber dann legte sie ihr Gesicht gegen seine Hand, sah aus halbgeschlossenen Augen zu ihm auf und sagte leise, dankbar:

„Bullie . . . du bist so nett . . .", und er wußte absolut nicht mehr, was er eigentlich wollte. — — —

Aber wenn sie nicht da war, dann war in ihm der Teufel los. In demselben Maße, in dem Fee durch ihre Reisen auflebte, ging er daran zugrunde. Sie schrieb und telegraphierte jubelnde Grüße. Sie beschäftigte sich wieder mit Sport, sie war wieder in ihrem Kreise, sie meldete schon wieder zu Tennis- und Golfturnieren — jeder ihrer Briefe drückte ihn tiefer nieder. Seine Antworten wurden immer knapper und sachlicher. Er begann die Welt zu hassen, durch die sie ihm entfremdet wurde.

Er liebte Fee — er liebte das Helläugige, Heitere, Verspielte an ihr, aber das war weit und fremd. Noch unbewußt begann er zu ahnen, daß sie sich voneinander entfernten, und in dem übertriebenen Gerechtigkeitssinn des Norddeutschen suchte er alle Gründe bei sich selbst. Hätte man ihm in diesen Tagen gesagt „Fee ist schuldig", so hätte er wahrscheinlich blindlings in das Gesicht geschlagen, das diese Lüge sprach. Aber niemand konnte zu ihm so etwas sagen — denn niemand wußte, wie es in ihm aussah.

(Fortsetzung folgt.)



Churchills Tochter hat geheiratet.

Unser Bild berichtet von der Trauung der Tochter des bekannten britischen Staatsmannes und Parlamentariers Winston Churchill, Diana Churchill, mit John Bailey in London.

Vermischtes

⊙ **Ein Geständnis der Giftmörderin Ziehm.** Die 42 Jahre alte Lehrersfrau Elsa Ziehm, die zusammen mit ihrer Mutter, der 72 Jahre alten Frau Elisabeth Ladewig, wegen Giftmordes an ihrem acht Jahre alten Sohne im Juli d. J. in Guben vor Gericht stand und zum Tode verurteilt wurde, hat jetzt im Gefängnis in Guben ein Geständnis abgelegt. Da ihre Angaben in Widerspruch zu den in der Gerichtsverhandlung gemachten Aussagen stehen, ist von der Staatsanwaltschaft eine genaue Nachprüfung angeordnet worden. Frau Ziehm hat in ihrem Geständnis ihren Mann der Mitwisserschaft beschuldigt. Man nimmt an, daß sie durch ihre Angaben eine Wiederaufnahme des Prozesses erzielen will.

⊙ **Explosion an Bord eines französischen Avisos.** An Bord des französischen Avisos „Surveillante" explodierte bei einer Probefahrt vor Brest ein Motor. Durch umherfliegende Metallstücke wurden zwei Matrosen schwer verletzt.

⊙ **Englische Seeleute erweisen Kommodore Johnson die letzte Ehre.** Als die „Europa" mit der Leiche des in Newyork verstorbenen Kommodore Johnson an Bord sich der Reede von Southampton näherte, begaben sich Kapitäne englischer Passagierdampfer, englische Lotsen und Hafenbeamte an Bord und legten Kränze am Sarge des verstorbenen Kapitäns der „Europa" nieder.

⊙ **Bombenanschläge in Lodz.** In Lodz explodierte eine Büchse mit Sprengstoff, die am Wojewodschaftsgebäude niedergelegt worden war. Die Polizei vermutet, daß es sich um einen kommunistischen Anschlag handelt. Eine alte Frau, die im Augenblicke der Explosion an dem Gebäude vorüberging, wurde getötet. Im Wojewodschaftsgebäude wurden mehrere Scheiben zertrümmert. Eine ähnliche Höllenmaschine wurde vor dem Magistratsgebäude entdeckt. Sie konnte noch rechtzeitig unschädlich gemacht werden.

⊙ **Deutsche überqueren den Atlantik im Segelkutter.** In San Luis de Maranhao in Nordbrasilien ist der Segelkutter „Hummel" mit den Deutschen Lois, Heilmann und Eberhard an Bord nach der Überquerung des Atlantiks eingelaufen. Der 9½ Meter lange Kutter hatte auf der Überfahrt von Freetown in Westafrika schwere Stürme zu bestehen.

⊙ **Der Bierkrieg in Irland.** Im Zusammenhange mit dem Boykottfeldzug gegen englisches Bier in Irland drangen sechzehn bewaffnete Mitglieder der irischen republikanischen Armee in die Räume einer englischen Bierfirma in Cork ein, hielten den dort beschäftigten Angestellten und Arbeitern ihre Pistolen vor und schlossen sie ein. Hierauf öffneten sie eine Anzahl von Bierfässern und ließen das Bier in die Straßenrinne laufen. Die Sache spielte sich in einem Zeitraume von acht Minuten ab.

Falschmünzerbande
hinter Schloß und Riegel.

Die Kriminalpolizei der Hansestadt Hamburg brachte eine Falschmünzergesellschaft hinter Schloß und Riegel, die sich mit der Herstellung von Zwanzigmarknoten befaßte und den Vertrieb der Falschnoten nicht nur hier, sondern auch in anderen Städten bewerkstelligte. Es wurden 24 Personen festgenommen, und zu diesen gesellte sich noch der 64jährige Oskar A. aus Hamburg, der das Herstellungsmaterial lieferte. A. ist bereits wegen Herstellung von Falschgeld mit Zuchthaus bestraft. Als Mitwisser wurde ein Gehilfe, der 19jährige W., ermittelt. Die Festgenommenen dürften sehr hohe Strafen zu gewärtigen haben.

Erdrutsch in Spanien — elf Tote.

Paris. Nach einer Meldung aus Madrid ereignete sich in Alcala de Jucar in der Provinz Albacete ein Erdrutsch, der wahrscheinlich auf die letzten andauernden Regenfälle zurückzuführen ist. Elf Personen wurden dabei getötet und 14 zum Teil schwer verletzt. Von den Bergen stürzten große Felsmassen auf die anliegenden Häuser, die vollkommen zerstört wurden.



Mütter wissen mehr
und was sie loben, haben sie erprobt! Darum verwenden sie beim Wundsein ihrer Kleinen und für sich selbst Penaten Creme! In Apoth. u. Drog. -.30, -.54, 1.08

Rigaer Dünabrücke zerstört.

Die große Pontonbrücke, die einzige Rigaer Verkehrsbrücke über die Düna, wurde am Mittwoch von den Eismassen des Stromes beschädigt. Die Ankerketten rissen, worauf sich große Brückenteile lösten und etwa fünf Kilometer stromabwärts trieben. Der gesamte Auto- und Straßenbahnverkehr über die Düna wird voraussichtlich für vier Tage unterbrochen sein.

15 Monate Zuchthaus wegen Brandstiftung
Aus den hannoverschen Gerichtssälen.

Der seinerzeit auf Wanderschaft befindliche landwirtschaftliche Arbeiter B. zündete am 21. Oktober in der Nähe von Letter eine Strohdieme an, angeblich, um wieder ins Gefängnis zu kommen. In Hannover stellte er sich der Polizei und gab eine eingehende Darstellung der Brandlegung. Vor der Großen Strafkammer behauptete er im Gegensatz zu seinen bei der Polizei gemachten Angaben, daß er die Tat nicht ausgeführt habe, um eingesperrt zu werden, sondern in einem gewissen Bewußtlosigkeitszustand.

Der Sachverständige erklärte, daß es sich bei dem Angeklagten um einen schwachsinnigen Menschen handle, dessen Mutter im Irrenhaus verstorben sei; er selbst habe sich zur Beobachtung seines Geisteszustandes in Münster in der Irrenabteilung des dortigen Gefängnisses befunden; geisteskrank sei er aber nicht. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für gemeingefährlich und beantragte eine Zuchthausstrafe von 2½ Jahren, daneben Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Der Angeklagte, der einen nervösen und fahrigen Eindruck machte, beschränkte sich darauf, um milde Strafe zu bitten. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. Auf diese Strafe war der Angeklagte nicht gefaßt; er erbat sich Bedenkzeit.

Spiel und Sport

Tauwetter in Süd- und Westdeutschland hat zur Folge, daß dort die Schneehöhe stark zurückgegangen ist. In den unteren und mittleren Lagen der bayerischen Alpen und des Schwarzwaldes, im Harz und im Taunus bestehen im Augenblick überhaupt keine Sportmöglichkeiten mehr. Da die Schneeverhältnisse in den ostdeutschen Gebirgen unverändert sind, kann man nach wie vor in den höheren Lagen des Riesengebirges skilaufen und rodeln. Im Thüringer Wald sowie in den übrigen ostdeutschen Gebirgen sind die Wintersportbedingungen nur als mäßig zu bezeichnen.

Einen nachahmenswerten Beschluß hat das thüringische Ministerium für Volksbildung gefaßt, es läßt eine Anzahl von Lehrern an einem Skikursus Weihnachten im Thüringer Wald teilnehmen, die dann in den Schulen als Skilehrer fungieren sollen. Besonders im gebirgigen und schneereichen Gelände, wo ohnehin der Turnunterricht der ungeheizten Hallen wegen ausfällt, soll das Skilaufen an den Schulen gepflegt werden.



Wollte er den Kaiser töten?
Unsere Aufnahme zeigt den 33jährigen Heinrich Fücker, der in Haus Doorn, den Wohnsitz des früheren deutschen Kaisers, schwerbewaffnet eindrang, jedoch von der Dienerschaft entdeckt und nach Deutschland abgeschoben wurde. Es handelt sich um einen berüchtigten Eisenbahnräuber, der bereits zu 15 Jahren Zuchthaus, jetzt jedoch mit Bewährungsfrist begnadigt worden ist.

Gewinnauszug
3. Klasse 40. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag — 14. Dezember 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 98694
6 Gewinne zu 5000 M. 63912 177510 190708
4 Gewinne zu 3000 M. 313614 395469
10 Gewinne zu 2000 M. 140313 245529 254020 337265 386832
14 Gewinne zu 1000 M. 3139 62153 73116 83753 119678 214790 325292
22 Gewinne zu 800 M. 52901 84047 94001 127761 161200 218579 252999 267436 301411 318166 388485
54 Gewinne zu 500 M. 14504 16418 21159 49430 58997 100637 114202 125323 167674 209083 235350 250640 251030 281190 289326 325954 331833 332878 335912 341284 344284 352854 355976 356732 360046 375270 380172

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 252453
4 Gewinne zu 2000 M. 48873 362309
26 Gewinne zu 1000 M. 15869 22609 32146 123864 145973 152302 189256 238123 248456 283045 306265 326275 398197
38 Gewinne zu 800 M. 29984 31529 38466 43383 123312 132155 167421 167472 168600 228796 229279 230484 254940 262695 271685 280541 301849 344557 359806
44 Gewinne zu 500 M. 11017 21307 22243 27335 31063 41999 54614 72441 86467 89273 125723 189570 224820 228887 229985 246208 281825 292244 296633 297923 305167 364603

Wirtschaftszeitung.

Börse und Handel
Amtliche Berliner Notierungen vom 14. Dezember.

* Börsenbericht. Die Börse setzte gut gehalten ein. Das Geschäft hielt sich weiter in kleinem Rahmen. Die Umsätze waren meist geringer. Die Banken nahmen vereinzelt wieder Abgaben vor, denen auf der anderen Seite Aufträge des Publikums gegenüberstanden. Die Spekulation hielt sich weiterhin zurück. Tagesgeld erforderte 4⅜ Prozent. Im Verlauf waren Aktien bei stillem Geschäft wenig verändert.

Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 13,80 bis 13,84; holl. Gulden 169,28—169,62; Danz. 81,69—81,85; franz. Franc 16,43—16,47; schweiz. 80,92—81,08; Belg. 58,24—58,36; Italien 21,55—21,57; schwed. Krone 75,22—75,38; dän. 71,43 bis 71,57; norweg 70,98—71,12; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 51,95—52,05; Argentinien 0,85—0,86; Spanien 34,37 bis 34.43.

* **Produktenbörse.** Das Angebot war geringer. Beim Weizen erfolgten per März bereits Deckungen auf offene Abgaben. Roggen gehalten. Neue Andienungen in bisherigem Umfange. Stützungsstelle griff erneut ein. Hafer und Gerste stärker angeboten und billiger. Mehlkonsum lustlos. Abrufe einzeln besser.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst bei 100 Kilogramm in Reichsmark:

	14. 12.	13. 12.
Weiz., märk.	188-190	188-190
pommersch.	—	—
Rogg., märk.	152-154	152-154
Braugerste	167-177	168-178
Sommergerste	—	—
Futtergerste	159-166	159-166
Wintergerste	—	—
Hafer, märk.	117-122	118-123
pommersch.	—	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl per 100 kg fr. Berl. br. inkl. Sack	23,8-26,5	23,9-26,6
Roggenmehl per 100 kg fr. Berl. br. inkl. Sack	19,5-21,7	19,5-21,7

	14. 12.	13. 12.
Weizkl f. Bln.	9,1-9,4	9,1-9,4
Roggkl. f. Bln	8,7-9,0	8,7-9,0
Raps	—	—
Leinsaat	—	—
Viktoriaerbs.	21,0-26,0	21,0-26,0
kl. Speiseerbs.	20,0-22,0	20,0-22,0
Futtererbsen	14,0-16.0	14,0-16,0
Peluschken	13,0-15,0	13,0-15,0
Ackerbohnen	13,5-15,5	13,5-15,5
Wicken	14,0-16,0	14,0-16,0
Lupine, blaue	9,0-11,0	9,0-11,0
Lupine, gelbe	12,0-13,5	12,0-13,5
Serradelle	18,0-24,0	18,0-24,0
Leinkuchen	10,0-10,1	10,0-10,1
Erdnußkuchen	10,6-10,8	10,6-10,8
Trockenschnitzel	8,8	8,8
Soyaschrot	9,9-10,7	10,0-10,7
Kartoffelfl.	—	—

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen: Dezember 202,50—203 Geld, März 205,50—206,50, Mai 209—209,50—209; Roggen: Dezember 164,50—164,50, März 167—168, Mai 170,50—171,25; Hafer: Dezember 126,50—125 Brief, Mai bis 131.

* **Schlachtviehmarkt.** Die Direktion des Zucht- und Nutzviehmarktes, Magerviehhof in Berlin-Friedrichsfelde, teilt mit, daß dort der erste Schweine- und Ferkelmarkt nach dem Weihnachtsfest am Mittwoch, den 28. Dezember d. J., abgehalten wird. Eine Verlegung der allwöchentlich Donnerstags stattfindenden Rinder- und Pferdemärkte findet wegen des Weihnachtsfestes nicht statt.

Belebung bei der Reichspost.

Im Verwaltungsrat der Reichspost wurde der Voranschlag für 1932 den im Sommer zurückgegangenen Einnahmen angepaßt. Erfreulicherweise ließ dieser Einnahmerückgang mit Herbstbeginn nach. Der Reichspostminister konnte feststellen, daß vom September ab in den meisten Dienstzweigen eine über die Saisoneinflüsse hinausreichende konjunkturelle Verkehrsbelebung bemerkbar sei. Der Verwaltungsrat wurde dann über den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms unterrichtet. Da die Anleihefrage noch nicht gelöst ist, hat die Reichspost bekanntlich aus dem Gesamtprogramm von 60 Millionen Mark einstweilen Zusatzaufträge in Höhe von 34 Millionen Mark herausgegeben. Von diesen entfallen 17 Millionen auf den Ämterbau, 10 Millionen auf die Kabelindustrie, etwa 5 Millionen auf Hochbauten und Geräte aller Art und etwa 2 Millionen auf die Fahrzeugfabriken.

Teeanbau wird weiter eingeschränkt.

In einer Mitgliederversammlung der Holländischen Vereinigung für die Teekultur in Niederländisch-Indien ist der Vorstand zum Abschluß eines Übereinkommens bezüglich neuer Restriktionen ermächtigt worden.

Einigung über Zugaben.

Zwischen dem Rekofei (Reichsverband Deutscher Kaufleute des Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmitteleinzelhandels), dem Verband der Edeka-Genossenschaften sowie dem Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan, Glas, Haus- und Küchengeräten ist nach langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung zustande gekommen, die den ersten Schritt zum gemeinsamen Kampf dieser Fachverbände gegen das Zugabeunwesen bedeuten kann. Die Reichsfachverbände verpflichten sich, alle Kampfbeschlüsse, insbesondere auf Einführung von Abwehrkaffee und Abwehrmargarine (die ihrerseits wiederum Teile des Lebensmittelhandels von der Gewährung von Zugaben in Porzellan-, Haus- und Küchengeräten abbringen sollten) einzustellen. Auf die Mitglieder soll stärkstens eingewirkt werden, die Verabfolgung branchefremder Zugaben zu unterlassen. Entsprechende örtliche Vereinbarungen sollen baldmöglichst zustande gebracht werden. Wenn die Verpflichtung von einer erheblichen Zahl der Firmen nicht übernommen wird, so sollen die örtlichen Verbände der Haushaltsbranche und des Lebensmittelhandels gemeinsam prüfen, wie eine Aufklärung des Käufers über die schädlichen Wirkungen der Zugabengewährung durchgeführt werden soll und welche Teile der Zugabeabwehr seitens der Hausratgeschäfte aufgegeben werden können. Die Vertragspartner verpflichten sich, weiter gemeinsam für ein vollständiges und wirksames Zugabeverbot einzutreten.

Müllerei und Getreidebewirtschaftung.

Der Verband deutscher Müller beschäftigte sich in seiner Mitgliederversammlung in Berlin mit allen für die Getreidebewirtschaftung wichtigen Fragen. Besonderes Interesse wandte die Versammlung der Roggenstützungsaktion, dem Getreideaustauschverfahren, der Verwendung von Kartoffelstärkemehl bei der Verarbeitung von Mehl in den Bäckereien und dem Zustandekommen der Notierungen an der Berliner Börse zu. Im Verlauf der Beratungen wandten sich die Redner gegen eine einseitige Bevorzugung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zum Schaden aller sonstigen an der Getreidewirtschaft interessierten Kreise. Die Maßnahmen der Reichsregierung zur Stützung der Getreidepreise hätten sich für die Müllerei als ungünstig erwiesen. Die gleichmäßige Preisgestaltung an allen Plätzen habe das natürliche Verhältnis der Getreide anbauenden und verarbeitenden Provinzen im Verhältnis zu den Verbrauchsgebieten wesentlich gestört, zur Stillegung vieler Betriebe geführt und werde weitere Einschränkungen zur Folge haben. Der Verwendungszwang für Kartoffelstärkemehl habe nicht zur gewünschten Entlastung des Kartoffelmarktes geführt, dagegen aber der Getreide verarbeitenden Industrie Arbeit und der Landwirtschaft Absatz von etwa 80 000 Tonnen Brotgetreide genommen. Die Versammlung nahm im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Entschließungen an, die dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zugeleitet wurden.

— **Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt** vom 14. Dezember. 604 Stück Großvieh, 19 Kälber und 233 Schweine. Beim Großvieh war der Handel schleppend. Es kosteten: Kühe 1. Sorte 360—385 M., 2. Sorte 250—330 M., 3. Sorte 200—250 M.; Rinder 130—260 M.; beste Tiere über Notiz. (Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden.) Am Schweinemarkt war der Handel sehr langsam. Bezahlt wurden für 6—8 Wochen alte Ferkel 8—10 M.; 8—10 Wochen alte 10—16 M.; 10—12 Wochen alte 16 bis 30 M.; Läuferschweine keine Notiz. — Nächster Markt am 21. Dezember.

Für Jagd und Wald



„Kinder, seid vorsichtig beim Eislaufen!"
Zwei furchtbare Unfälle in Westdeutschland geben Veranlassung, die Kinder wieder auf die Gefahren hinzuweisen, die ihnen beim Eislauf infolge ungenügender Dicke des Eises drohen: in Roxheim tummelten sich sechs Kinder auf der dünnen Eisdecke des Altrheinarms, brachen plötzlich ein und ertranken. Aehnlich verlief ein Unfall in Senheim an der Mosel: auch dort vergnügten sich Kinder auf einem zugefrorenen Tümpel am Moselufer, als das Eis brach, fünf Kinder unter die Eisdecke gerieten und ertranken.

Eislauftragödien.

Sechs Kinder auf einmal sind in Roxheim in der Pfalz auf dem Altrhein beim Schlittschuhlaufen eingebrochen und haben den Tod im Wasser gefunden. Sechs Mädchen waren es, und fünf von diesen waren Schwestern, waren Kinder ein und derselben Familie, eines seit langem erwerbslosen Vaters und einer erwerbslosen Mutter. Fünfzehn Jahre alt war das älteste der Mädchen, kaum sechs Jahre alt das jüngste. Mit einem Schlage, innerhalb weniger Minuten haben die armen und bedauernswerten Eltern alle ihre Kinder verloren. So Entsetzliches ist kaum auszudenken, so tragisches Menschenschicksal kaum zu fassen, und kein Wort des Trostes vermag so grausamen Schmerz zu lindern. Wenn eine Epidemie herrscht im Lande, wenn mehrere Kinder einer Familie weggemäht werden von der Sense des Schnitters Tod, der durch die Lande geht, so ist das furchtbar, aber es wirkt doch nicht so erschütternd tragisch wie das Sterben sechs blühender Menschenleben, die vom fröhlichen Spiel, vom gesunden Wintervergnügen hinweg in die Arme des Todes sinken. Und kaum war das Unglück von Roxheim bekannt geworden, so erreichte uns die Kunde von einer zweiten, ebenso erschütternden Eislauftragödie, von dem Drama bei Senheim an der Mosel, wo fünf Kinder — vier Mädchen und ein Knabe — durch die dünne Eisdecke eines eben erst zugefrorenen Tümpels brachen und gleichfalls den Tod fanden.

Der Winter ist noch nicht mit seiner ganzen Strenge, mit seiner kernfesten Härte gekommen, aber der Eislauf hat fast überall schon begonnen. An jedem Tage kann man jetzt hören und lesen, daß eine Eisbahn eröffnet sei, und daß Junge und Erwachsene dem schönen Sport des Schlittschuhlaufens wieder huldigen können. Und man freut sich darüber, denn der Eislauf ist wirklich ein köstliches Vergnügen, und große Dichter haben ihn in hymnischer Weise besungen. Aber gewarnt muß trotzdem immer wieder werden, besonders in den Anfängen des Winters, gewarnt vor Übermut und Leichtsinn, gewarnt vor den Gefahren und Tücken dünner Eisdecken, unter denen der Tod auf Opfer lauert. Wenn „Kunsteisbahnen" gegossen werden, so sind da wohl kaum große Gefahren zu fürchten: man sieht sie in ihrem Werden und Vergehen, man weiß, ob sie fest genug sind, um den Schlittschuhläufer sicher zu tragen, oder ob sie bereits wieder im Schmelzen begriffen sind und gemieden werden müssen.

Anders aber verhält es sich mit den Eisbahnen, die die Natur schafft, mit den Eisflächen auf Seen und Teichen und Flüssen. Hier sind nicht immer Warner genug und Warner zur rechten Zeit da, hier spielen sich meist die Tragödien ab, die sportfreudige Menschenkinder unversehens in den Tod reißen. Nicht überall — leider — gibt es amtliche Stellen, die die Stärke des Eises prüfen und die Eisfläche erst von einer bestimmten Zeit ab freigeben für die Läufer. Tümpel und Teiche, die über Nacht vom Eise bedeckt werden — wer untersucht sie auf die Dichte der Eisdecke hin? Eine Eisfläche breitet sich aus, und der Jugend genügt das für ihre Winterspiele. Daß die Eisfläche noch dünn ist, daß darunter noch wärmere Wasser strömen, daß der Winter noch nicht von Dauer ist — wer überdenkt das, wer erwägt das so rasch? Und so kommt es dann in jedem Jahre zu Eislauftragödien, so versinken jedes Jahr, wenn die ersten Eisflächen gemeldet werden, junge Menschenleben — denn meist sind es unerfahrene Kinder, die sich in Gefahr begeben — in den zwar eiskalten, aber meist noch lange nicht eisstarren Fluten eines Wassers, das so harmlos, so ganz ungefährlich zu sein schien. Man sollte nicht so viel verbieten, wie im allgemeinen verboten wird, aber die Benutzung von Eisflächen, die noch nicht allzuviel tragen können und leicht einen großen Riß bekommen und zusammenbrechen, müßte unbedingt und überall untersagt werden, auch in den kleinsten Orten, auch an den kleinsten und für ganz harmlos geltenden Gewässern. Dann würden so entsetzliche Katastrophen wie die Eislaufkatastrophen von Roxheim und Senheim zwar nicht ganz unmöglich, aber doch sicher weit seltener werden als sie es jetzt noch sind.

Dutzel, der Frischling.

„Unser Hausstand hat übrigens inzwischen einen Zuwachs erfahren", schrieb mein Freund, der Oberförster in der Bayerischen Rhön, „wir haben eine kleine borstige Waise angenommen, deren Geschwister bei einem Erdrutsch ums Leben kamen und deren Bekanntschaft du bei deinem bevorstehenden Besuch machen wirst. Es ist ein jetzt zehn Monate alter Keiler-Frischling, den meine Frau wochenlang mit der Flasche gepäppelt hat, der aber nun schon bald Größe und Aussehen eines Überläufers haben wird."

Als der Zug der Klingelbahn in den kleinen Bahnhof einlief, stand der Frischling in Erwartung des Gastes wie ein Dackel neben seinem Herrn auf dem Bahnsteig, bei der Fahrt im Jagdwagen saß er stolz neben dem Kutscher; sobald der Wagen vor der Oberförsterei hielt, sprang er vom Kutschbock mit einem Satz zur Erde und mischte sich unter seine Freunde, die großen und kleinen Hunde, in deren Begrüßungssinfonie er mit quiekenden und grunzenden Tönen einstimmte. Zwar sein bester Freund fehlte; das war Karo, der kurzhaarige Hühnerhund gewesen, der bei der Treibjagd der Disziplinlosigkeit eines Schützen zum Opfer gefallen war und seine Ruhestätte unter der hochstämmigen Weimutskiefer im Garten gefunden hatte. Eine ungewöhnliche Freundschaft hatte beide verbunden: sobald sich Karo abends zum Schlafen auf seine Hirschdecke niedergestreckt hatte, ruhte Dutzel mit dem Kopf auf seinem Rücken oder schmiegte sich behaglich grunzend eng an den Schlafgenossen. Selbst auf der Jagd, an der sich Dutzel leidenschaftlich beteiligte, waren die beiden unzertrennlich gewesen, wenn es dem kurzläufigen Frischling auch nur sehr schwer gelang, dem großen Gefährten zur Seite zu bleiben; als dann Karo unter der Kiefer eingegraben war, verweigerte der Überlebende tagelang die Nahrung und mußte schließlich gewaltsam aus dem Garten entfernt werden, da er Miene machte, die Leiche auszuwühlen.

Bei allen Ausritten seines Herrn mußte Dutzel mit von der Partie sein; er mußte, sonst gab es ein Unglück. Wurde „Schneeflocke", die Halbblutstute, gesattelt aus dem Stall geführt, so war das für ihn das Signal, sich einen Schritt vor ihren Hufen auf die Keulen niederzulassen, um nur ja das Abreiten nicht zu verpassen. Erschien seine Begleitung einmal unerwünscht, und wurde er eingesperrt, so ließ er nichts unversucht, freizukommen; schon nach fünf Monaten vermochte er, indem er sich hochstellte, die meisten Zimmertüren mit dem Gebrech aufzuklinken. War ihm das gelungen, die Haustür aber geschlossen, so lauerte er in einem Winkel des langen, etwas dunklen Flurs der weitläufigen Dienstwohnung, bis die schwere Eichentür von außen geöffnet wurde, schoß dann — „nix wie 'naus!" — an dem ahnungslosen, durch den borstigen Empfang nicht wenig erschreckten Besucher in wilder Fahrt vorüber und folgte noch nach Stunden der wohlbekannten Spur. Hin und wieder aber drückte er sich auch, sobald er die Vorbereitungen in Stall und Geschirrkammer wahrnahm, unbemerkt aus dem Forsthof hinaus, erwartete den Reiter an der ersten Weggabel und war dann nicht mehr zurückzubringen.

Im allgemeinen war Dutzel harmlos, nur den Schneider aus der Kreisstadt, der die Uniformen der männlichen Bewohner der Oberförsterei instandhielt, konnte er nicht leiden, und da Meister Zwirn gerade kein Held war, kam es zwischen den beiden Gegenfüßlern zu ergötzlichen Auftritten. Gelang es dem Herrn Urian einmal, unversehens in das entlegene Zimmer, in dem der Ritter von der Elle zu arbeiten pflegte, einzudringen, so attackierte er diesen sogleich stürmisch, der entsetzt auf den Tisch flüchtete und um Hilfe schrie, bis der „grimme Basse" unter allgemeinem Gelächter entfernt war. Doch dem tapferen Schneider erstand ein Rächer: es kam ein winziger Zwergpintscher ins Dorf, häßlich wie eine Meerkatze, doch mutig wie ein Löwe — das war das einzige Geschöpf, vor dem Dutzel, der sonst auch großen Kötern furchtlos zuleibe ging, Reißaus nahm. Ließ sich der Pintscher auch nur von ferne sehen, so ergriff unser Freund das Hasenpanier und verbarg sich ängstlich viele Stunden lang.

Dutzel liebte es sehr, daß man mit ihm spielte: sein Herr lehrte ihn „fechten" und sich verstecken. Rief jener: „Dutzel komm auf die Klinge!", so war Dutzel gleich bereit, ringelte kriegerisch den Kringel, parierte alle Handschläge mit dem Kopf und suchte die Stöße zurückzugeben. Besonders gern aber spielte er Verstecken. Wurde er dazu aufgefordert, so setzte er sich ruhig nieder. Nun machte sein Herr Widergänge und Absprünge, stieg über Zäune, übersprang einen Bach und kletterte schließlich auf einen Baum. Auf einen gellenden Fingerpfiff fing Dutzel an zu suchen, und nie vergeblich. Mit dem Windfang am Boden verfolgte er ide Fährte bis zu dem Baum, äugte scharf daran in die Höhe, und seine Freude kannte keine Grenzen, wenn er den Gesuchten in den Zweigen entdeckte. Nun versteckte sich Dutzel. In größter Eile suchte er seinem Partner aus dem Gesicht zu kommen, lief hin und her, um den verborgensten Platz ausfindig zu machen, und drückte sich schließlich in einen dichten Busch oder eine Erbsen- oder Bohnenrabatte. Langsam, scheinbar plötzlich von Kurzsichtigkeit befallen, suchte der Freund den Garten ab, ging um den Versteckten herum, nahe an ihm vorüber — Dutzel regte sich nicht. Merkte er aber, daß sein Herr ihn gesehen hatte, so kam er schnaubend aus seinem Versteck hervor.

Dutzel ist nicht mehr. Der Tritt eines Pferdes, neben dem er tot aufgefunden wurde, war ihm zum Verhängnis geworden. Er ruht neben seinem Freund unter der Weimutskiefer.

Hubertus.

Der Weihnachtstraum des Arbeitslosen.

Skizze aus der Gegenwart von **Hans Bohmhardt.**

In dichten Flocken fiel der Schnee vom eisgrauen Himmel. Ein richtiges Heiligabendwetter, wie es die Großstadt seit Jahren nicht erlebt hatte, brachte den geplagten Menschen mehr Weihnachtsstimmung, als ihnen recht war, und als dann noch, sobald sich in den frühen Nachmittagsstunden die Dunkelheit übers Häusermeer senkte, die ersten dumpfen Glockentöne der zur Andacht rufenden Kirchtürme durch die Schneeluft brummten, da war wirklich mal Weihnachten — — —

Viele Menschen freuten sich, viele jauchzten, vielen krampfte sich heut erst recht das Herz zusammen.

Auch Gustav Kurtz, ein junger stämmiger Bursche, Packer von Beruf, aber arbeitslos seit mehr denn zwei Jahren, fühlte, wie die Weihnachtsstimmung, die so gar gewaltsam auf die Menschen losgelassen wurde, mehr zermürbte als emporhob.

Er war seit frühem Morgen auf der Straße gewesen, hatte die Auslagen in den Schaufenstern betrachtet, hatte mittags in der Volksspeisung die Mienen der Leidensgefährten studiert, die er verstand, wenn sie trotzig, wenn sie verzweifelt, die er bewunderte, wenn sie noch hoffnungsfroh, wenn sie gar heiter waren. Und nun kam die Stunde der Weihnacht immer näher.

Nun dachte er ans Elternhaus, an die Bescherung im warmen Stübchen unter glitzerndem Weihnachtsbaum mit warmem Lichterglanz, dachte an Vater, Mutter, an Geschwister und an die Gaben der Liebe, die alljährlich immer so schön und liebevoll geordnet dalagen und — verglich, ja verglich das Damals mit dem heutigen grauen Elend.

Seine kräftigen Fäuste ballten sich in den Hosentaschen — einen Mantel hatte Gustav nicht mehr —, die Stirnrunzeln des lebensfrohen Menschen krausten sich zu wildem Durcheinander, und schwer ließ Gustav Kurtz sich auf eine Bank fallen, die da dicht an der belebten Straße stand.

Er dachte, dachte — und aus dem Denken wurde das Träumen von der Zukunft. Sollte, mußte, ja konnte sie dunkel sein, so dunkel bleiben wie die Gegenwart? Nein — deutscher Hoffnungsglaube, deutsche Siegesgewißheit auch im Leben des einzelnen ließ das nicht zu.

Gustav Kurtz sehnte sich nach Arbeit. Wie wäre es, wenn er wieder einmal seinen geliebten Beruf, und wenn er auch „nur" so einfach war, ausfüllen würde. Er sah sich in dem Packraum einer großen Firma, die täglich Hunderte von Aufträgen zum Versand bringen mußte. Da stand er inmitten von lustigen Kameraden und arbeitete: Hei! Wie flogen die Stücke, wie sauste der Hammer, wie im Takt ging die Arbeit vonstatten, eine Lust, zu schaffen, tätig zu sein. Da kam der Chef: „Bravo, Kinder, weiter so, morgen gibt's noch ein paar Kollegen mehr, die Aufträge sind mit euch allein trotz euren Fleißes nicht mehr zu bewältigen! Tüchtig, Gustav, weiter so!"

Und dann! Nach Schluß der Arbeitszeit, wenn sich die Tore der Fabrik öffneten, stand da nicht die blonde Leni, das kreuzbrave Mädelchen, und wartete auf ihren Gustav? Und hing sie sich nicht so fröhlich, so sorgenlos und so sorglos dazu in seinen Arm, und sprachen sie dann nicht von der nahen Heirat und rechneten aus, wieviel sie schon zusammengespart hatten zur Wirtschaft, zur Wohnung? — Ach, war das alles selig, so wenig, so einfach und doch zwei Zauberworte: Arbeit und Liebe! Und dann dachte und träumte Gustav weiter vom trauten Heim, vom ersten Weihnachten mit Leni zusammen, vom warmen Ofen, vom bunten, glitzernden Weihnachtsbaum, vom Gabentisch, der klein war, aber Liebe ausstrahlte, vom Sichaneinanderschmiegen, vom fröhlichen Weihnachtslied, vom Glockensturm in glücklicher, fröhlicher, seliger Weihnachtszeit. Da — erwachte Gustav Kurtz, sah, daß alles ein Traum war, schüttelte sich den Schnee vom schäbigen Anzug und — eilte seinem kalten, engen Mansardenstübchen hoch im Norden der Stadt zu.

Plötzlich trat ihm ein älteres Ehepaar in den Weg: „Junger Mann, Sie gefallen uns, erlauben Sie, daß wir Sie vom Fleck weg bitten, mit uns Weihnachten zu feiern? Wir stehen allein, und jedes Jahr unterm Weihnachtsbaum reichen wir einem Fremden die Weihnachtshand."

Eine halbe Stunde später hatte Gustav Kurtz seinen Tannenbaum, hatte Äpfel und Nüsse, hatte den warmen Ofen und hatte Weihnachtsfreude. Und ein paar Tage später, noch vor Neujahr, hatte er Arbeit, stand als Packer vor dem Arbeitstisch und schaffte, daß es eine Freude war, anzusehen. Und noch ein Weilchen später, da war auch die Leni da, und am nächsten Weihnachtsheiligabend klang's aus zwei frohen Menschenherzen noch viel, viel anders, wie's diesmal geklungen hatte:

„O du fröhliche, o du selige,
Gnadenbringende Weihnachtszeit!"

Vom Kuß.

Erst wenn der Mensch aufhört zu küssen fängt er an zu denken!

*

Ein Briefkuß verhält sich zu einem wirklichen, wie etwa ein gelesenes Drama zu einem aufgeführten!

*

Als Adam Eva den ersten Kuß gegeben, wähnte er sich im Paradies! In Wirklichkeit aber hatte er es bereits verloren, da er mit dem Kusse dem Weibe rettungslos verfallen war!

*

Viele Leute küssen, wie sie zu essen und zu trinken pflegen. In diese Kategorie gehört auch der Familienkuß!

*

Von dem ersten Kuß kann eine ganze Ehe abhängen!

*

Die Seele eines Menschen liegt in seinem Kuß; darum gibt es auch so viele seelenlose Küsse!

*

Die letzte Liebe einer Frau küßt glühend wie die erste!

J. Adams.

Abonniert den Anzeiger!